

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 23. 39. Jg.

4. Juni 1926

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

**Redaktion:**  
Hans Roninger, Berlin N 24, Eisasserstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Auguststraße 3-9.

**Insertion.** Für die vierspaltige Nonparillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsgort Schkeuditz]

## VOLK, ENTSCHEIDE!

Das Begehren des Volkes auf entschädigungslose Enteignung der ehemals regierenden Fürsten war deutlich. Trotzdem hat der Reichstag mehr denn sechs Monate vergeblich gearbeitet, ein Abfindungsgesetz für die ehemaligen Landesfürsten zustande zu bringen. Nun hat das deutsche Volk das Wort.

## Am Sonntag, den 20. Juni entscheidet das deutsche Volk!

Um was geht es beim Volksentscheid? Das Gesetz, das dem Volksentscheid unterliegt, sagt darüber:

1. Das Kapitalvermögen wird zu Erhöhung der Fürsorgeleistungen für Hilfsbedürftige, besonders für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, verwendet.
2. Die landwirtschaftlichen Güter werden zur Linderung der Landnot kleiner Bauern, Pächter und Landarbeiter verwendet.
3. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungshäusern für Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Durch den Volksentscheid soll also verhindert werden, daß zu dem Vielen, das die früheren Fürsten schon haben, noch viel mehr hinzukommt! Dazu mußt auch du, Kollege, dein redlich Teil beitragen.

**Darum gehe am 20. Juni zum Volksentscheid!  
Dem Volke, was dem Volke gehört!**

## Die Konjunktur und das graphische Gewerbe.

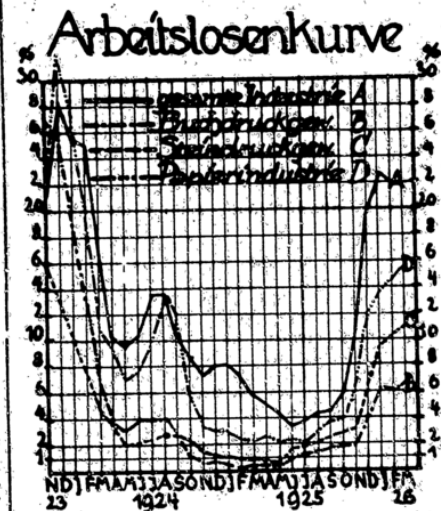
II.

Bei der Beurteilung der jetzt folgenden graphischen Darstellungen sind die Schwierigkeiten zu beachten, die sich einmal aus dem verwandten Zahlenmaterial, dann aus der Einteilung des graphischen Gewerbes ergeben. Es sind wiederum die Zahlen der Fachverbände verwendet worden und zwar für das Buchdruck- und Steindruckgewerbe die Zahlen der freigewerkschaftlichen Verbände. Die Zahlen der christlichen Verbände sind wegen ihrer relativen Bedeutungslosigkeit nicht verwendet worden, sie würden auch an dem Bild der Kurven nicht viel verändern. Unter „Steindruckgewerbe“ ist hier nicht allein das Steindruckgewerbe zu verstehen, sondern es rechnen dazu noch das Lichtdruck- und Kupferdruckgewerbe und die Chemigraphie, weil die Arbeiter dieser Gewerbe in einem einheitlichen Verband zusammengefaßt sind. Das Buchdruckgewerbe kommt dagegen durch den Buchdruckerverband geschlossen zum Ausdruck. Es fehlen nun noch zum graphischen Gewerbe die Buchbindereien, die schon äußerlich in fast jeder Druckerei zu finden sind. Aber die Buchbinder sind mit den Papierverarbeitern in einem Verbandsverband organisiert. Die Papierverarbeitung hat aber in vielen Fällen nichts mit dem graphischen Gewerbe zu tun. Ihre Kurve ist daher auch besser als Papierindustrie bezeichnet.

Die zweite Schwierigkeit liegt darin, daß das Buchdruckgewerbe und das Steindruckgewerbe auch in sich nichts einheitliches darstellen. Die Arbeitsgebiete beider Gewerbe überschneiden sich vielfach, besonders im Reklamendruck und im Bildruck. Nur der Bücher- und Zeitungsdruck ist dem Buchdruckgewerbe bisher vorbehalten geblieben. Die Trennung beider Gewerbe ist so also nur aus den technischen Momenten der Druckverfahren und ihrer geschichtlichen Entwicklung zu verstehen, während eine wirtschaftliche Trennung besser nach den Arbeitsgebieten vorgenommen werden müßte. Dann ließe sich auch eine präzisere Darstellung der Konjunktur für die einzelnen Zweige des graphischen Gewerbes geben. Da wir aber keine andern Zahlen haben, müssen wir uns mit einer etwas groberen Darstellung begnügen und die Kurven mit Vorsicht auswerten.

Im Ausgang des Inflationsjahres 1923 ist der höchste Punkt der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe mit 26,5 Proz. erreicht, im Steindruckgewerbe schon mit 15,5 Proz., in der gesamten Industrie dagegen mit 28,2 Proz. und in der

Papierindustrie mit 32,4 Proz. Mit der Stabilisierung erfolgt dann eine stetige, schnelle Besserung des Arbeitsmarktes. Die Kurven zeigen sämtlich einen steilen Abfall. Im Mai 1924 haben sich die Kurven des Steindruckgewerbes und des Buchdruckgewerbes ziemlich genähert, diese



Graphische Darstellung D.

steht auf 3,1 Proz. und jene auf 2,0 Proz. Beide stehen etwa 7 Proz. unter dem allgemeinen Niveau. Die Kurve der Papierindustrie ist dagegen nur auf 7,0 Proz. herabgegangen. Auf das erneute Ansteigen der Arbeitslosigkeit reagieren die Kurven des Buchdruck- und Steindruckgewerbes kaum. Dagegen folgt die Kurve der Papierindustrie der Kurve der gesamten Industrie bis zur gleichen Höhe von 12,5 Proz. im August 1924. Mit der Besserung der Konjunktur fällt die Kurve des Buchdruckgewerbes ziemlich steil herab und erreicht im November 1924 den Punkt von 0,6 Proz. und hält sich weiterhin bis ins erste Halbjahr 1925 hinein ungefähr auf diesem Niveau. Ähnlich die Kurve des Steindruckgewerbes, nur das Niveau der Stabilität liegt etwas höher, ungefähr bei 1 Proz. Die Kurve der Papierindustrie zeigt in der

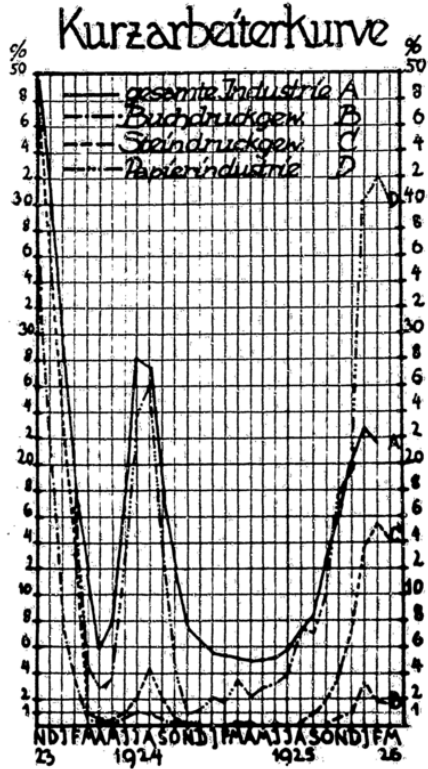
selben Zeit auch einen wägerechten Verlauf, allerdings wesentlich höher, etwa 2,5 Proz. Anders die Kurve der gesamten Industrie, sie fällt bis zum Juli 1925 und weist keinen wägerechten Verlauf auf, der auf Stabilität des Arbeitsmarktes schließen könnte. Den Konjunkturschwung im Herbst 1925, den die Kurve der gesamten Industrie anzeigt, lassen auch die übrigen Kurven erkennen, aber die Steilheit und Höhe ist bei weitem nicht derart ausgeprägt. Die Kurve des Buchdruckgewerbes erreicht im März dieses Jahres die Höhe von 6,6 Proz., die des Steindruckgewerbes 10,9 Proz., die der Papierindustrie 15,5 Proz. Das Buchdruck- und Steindruckgewerbe bleiben also noch erheblich hinter dem allgemeinen Niveau zurück.

Im allgemeinen zeigen nach der Stabilisierung der Währung die Kurven des Steindruckgewerbes und des Buchdruckgewerbes eine ziemlich parallele Entwicklung, nur nach dem neuen Konjunkturschwung zeigt die Kurve des Steindruckgewerbes eine um 4 Proz. höhere Arbeitslosigkeit an. Die Kurve der Papierindustrie läuft dagegen eher mit der Kurve der gesamten Industrie parallel; aber in der Zeit des stabilen Arbeitsmarktes im Steindruck- und Buchdruckgewerbe treten auch in der Papierindustrie stabile Arbeitsverhältnisse ein. Dies ist auch leicht erklärlich. In der Papierindustrie sind, wie wir schon sagten, Papierverarbeitung und Buchbindereien vertreten. Die Papierverarbeitung bildet den Teil der Papierindustrie, der am meisten der Konjunktur ausgesetzt ist. Denn Verpackungsmaterial usw. steht in direkter Beziehung zum Umsatz der ganzen Industrie. Die Buchbindereien rechnen aber zum graphischen Gewerbe, sie tendieren also nach der Konjunktur, die im graphischen Gewerbe herrscht. Bemerkbar macht sich das aber erst dann, wenn im allgemeinen eine Besserung eingetreten ist. In dieser Zeit zeigt daher die Kurve der Papierindustrie einen wägerechten Verlauf, wie die Kurven des Buchdruck- und Steindruckgewerbes.

Daß die Kurven des Buchdruck- und Steindruckgewerbes ziemlich den gleichen Verlauf haben, hätte uns schon das oben Gesagte vorher zeigen können. Denn die Arbeitsgebiete sind in beiden Gewerben vielfach dieselben. Wenn der Arbeitsmarkt im Buchdruckgewerbe aber noch gefestigter erscheint, so kann dies nur seinen Grund im Zeitungsdruck haben. Dieser weist im ganzen stabile Auflagenhöhen auf, gewähr

also auch gleichmäßige Beschäftigung. Nur die Inflation hat es vermocht, den Zeitungskonsum auf ein Mindestmaß einzuschränken. Das Niveau des Arbeitsmarktes im Steindruckgewerbe liegt aber noch aus Konkurrenzgründen höher. Diese wurzeln in der Umgestaltung der einzelnen graphischen Techniken, die mit Produktionserhöhung und Verbilligung manchen Arbeiter im Steindruckgewerbe die Existenz erschüttert, wenn sie ihn nicht schon ganz verdrängt haben.

Für beide Gewerbe finden wir aber im einzelnen bestätigt, was für das ganze graphische Gewerbe schon gesagt worden ist.



Graphische Darstellung E.

In der graphischen Darstellung E sind wieder die Kurven der Kurzarbeiter eingezeichnet. Ganz allgemein ist über den Verlauf dieser Kurven zu sagen, daß die stelleren Tiefen und Höhen typisch für unsere Wirtschaft sind. Weiter oben sind Gründe dafür schon dargelegt worden.

Im ganzen genommen vermitteln die Kurven der Kurzarbeiter wieder ein ähnliches Bild wie die Kurven der Arbeitslosen. Mit der Rückkehr normaler Geldverhältnisse fallen die sämtlichen Kurven sehr steil herab. Die Kurven des Buchdruck- und Steindruckgewerbes erreichen schon im April-Mai fast den Nullpunkt, während das Niveau der gesamten Industrie noch Kurzarbeit von 4,9 Proz. anzeigt. Auch die Kurve der Papierindustrie fällt nicht so steil herab. Die neue Verschlechterung der Konjunktur macht sich nur wenig im Steindruckgewerbe bemerkbar; Papierindustrie und die Industrie insgesamt haben eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Im Herbst 1924 beginnt wieder ein besserer Arbeitsmarkt. Die Kurzarbeit im Buchdruckgewerbe ist bis zum Herbst 1925 gleich 0 Proz., im Steindruck ist die Lage nicht ganz so günstig, die Kurzarbeit ist in dieser Periode zeitweilig 0,1 Proz. Doch ist die Beschäftigung gegenüber der Lage der Industrie und der Papierindustrie unvergleichlich besser. Mit dem Eintritt der neuen Krisis steigen auch die Kurven der Kurzarbeit wieder an. Die Kurve des Buchdruckgewerbes zeigt die kleinste Zunahme der Kurzarbeit, die Kurve des Steindruckgewerbes steht indessen viel höher, aber das Niveau der Industrie wird bei weitem nicht erreicht. Anders die Kurve der Papierindustrie, sie steigt bis über 40 Proz. an.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß auch in der Kurzarbeit das Buchdruck- und Steindruckgewerbe eine besonders günstige Stellung haben. Das Buchdruckgewerbe steht im ganzen noch etwas günstiger als das Steindruckgewerbe da. Aber im Vergleich zum allgemeinen Niveau ist die Beginnigung nicht erheblich. Die Papierindustrie ähnelt in ihrem Bild mehr der gesamten Industrie. Nur in der Zeit der guten Konjunktur zeigt sich eine Angleichung an das graphische Gewerbe aus den schon erwähnten Gründen. Das Ansteigen der Kurzarbeit in den letzten Monaten über das Niveau der Industrie hinaus scheint mit dem hohen Prozentsatz der in der Papierindustrie beschäftigten Frauen zusammen zu hängen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Nachdem wir in der vorigen Abhandlung die Lage der deutschen Wirtschaft in einem gewissen Zusammenhange mit der Bewegung in der Weltwirtschaft gebracht haben und zeigten, daß die seit der letzten großen Wirtschaftskrisis andauernde Depressionsperiode mit einer Reihe von Auf- und Abwärtsbewegungen die kapitalarme und darum überempfindliche deutsche Volkswirtschaft zu intensiven Schwankungen geführt hatte, wollen wir diesmal, zur Abrundung des Bildes, diese Schwankungen als selbständigen innerdeutschen Konjunkturkreislauf betrachten und von der weltwirtschaftlichen Stagnation mit einer kleinen Abwärtsbewegung, die parallel dazu läuft, absehen. Wie schon früher erwähnt, erstrecken sich die einzelnen Phasen der Konjunkturbewegung in der jüngsten Zeit auf etwa halbjährliche Zeitabschnitte. Der Rhythmus der letzten Bewegungen ist nach Angaben des Institutes für Konjunkturforschung folgender: Tiefstand (Depression) — November 1923 bis Juni 1924; Aufschwung — Juli 1924 bis Januar 1925; Hochspannung — Februar 1925 bis September 1925; Krisis — Oktober 1925 bis Januar 1926; Tiefstand — seit Februar dieses Jahres. Statistisch ließ sich die Krisis jener vier Monate, also Oktober, November, Dezember 1925 und Januar 1926, durch das rapide Anschwellen der Zahlungsschwierigkeiten in unserer Geschäftswelt nachweisen. Wir erinnern uns, daß die Zahl der Erwerbslosen in diesem Zeitraum um 506 (Stichtag: 1. Oktober, 1. Januar) die Kurzarbeiter um 10,2 (Prozentzahl der erfaßten Gewerkschaftsmitglieder), die arbeitstätige Zahl der Wechselproteste um 37,2, der Geschäftsaufsichten um 169,6 und der Konkurse um 95,1 Proz. stieg. Während gleichzeitig die Rohstoffzufuhr um 20,6 die Roheisenproduktion um 7 Proz. pro Arbeitstag sank. Der Rückgang der Geldsätze, der Großhandelsindizes, der Aktienkurse vervollständigen das Bild der Krisis.

Mit Anfang Februar besserte sich die Lage in den wesentlichsten Punkten, der tiefste Stand war erreicht worden. Obgleich die relativ hohe Erwerbslosigkeit bis Mitte März immer noch im langsamen Steigen begriffen war, und die Rohstoffproduktion noch keine einheitliche Kurve zeigte, ändert das doch nichts am Gesamtbilde. Denn ein schwacher Arbeitsmarkt braucht nicht ohne weiteres eine schwache Industrie zu bedeuten, außerdem ist er eine Folge des Konjunkturgeschehens. Desgleichen sind die Angaben über die Höhe der Produktion und der Umsätze als Maßstab für die Konjunkturentwicklung mit Vorsicht zu verwerten. Denn diese Art der Betrachtung übersieht, daß ein gesicherter, glatter Absatz bei gutem Zahlungseingang für die Mehrzahl der Unternehmungen wichtiger und vorteilhafter ist, als eine Entwicklung, in der einer überspannten Produktion unsichere Absatz- und Zahlungsverhältnisse bei Kredit-schwierigkeiten gegenüberstehen. Aus dieser Anschauung und den folgenden Wirtschaftsvorgängen des Geldkreislaufes und des Güterkreislaufes läßt sich bis Ende April d. J. die Schlußfolgerung ziehen, daß die Depression ihren Tiefpunkt erreicht habe. Die fortschreitende innere Konsolidierung machte sich in einem Sinken der Geldsätze, in einer Erweiterung der Tätigkeit auf dem Kapitalmarkt, in einer Belebung des Effektenmarktes und einer weiteren Abschwächung der Warenpreise geltend. Auf der Seite des Güterkreislaufes zeigten die allmählichen Verringerungen der Konkurs- und Geschäftsaufsichtsziffern und der Wechselproteste den Aufstieg aus der Krisis. Darüber hinaus deuten die Zahlen der arbeitstätigen Wagenstellung bei der Reichsbahn, der Kohlenförderung und der Konsumvereinsumsätze eine gewisse Absatzbelebung im April gegenüber den Vormonaten an. Das gleiche Bild, im Verhältnis zum Februar, ergibt die Eisen- und Stahlproduktion (einschl. der Walzwerkserzeugung). So daß diese Periode der deutschen Wirtschaft, ähnlich der anderen Länder mit stabilisierter Währung, mit Recht als Depressionsperiode bezeichnet werden kann.

Innerhalb dieser weiter andauernden Depressionsperiode macht sich seit Anfang Mai das Eintreten einer neuen Phase geltend. Abgesehen vom Nachlassen der Zahlungsverlegenheiten und der geringeren Geldflüssigkeit, charakterisiert sich diese Bewegung durch den Aufschwung der Roheisen- und Walzwerkserzeugung. Zugleich sind die Geldsätze, allerdings weit langsamer als in den Vormonaten, noch weiter gesunken. Während die Kurssteigerung der Aktien nach der großen optimistischen Welle, die von der Verbilligung der Tagesgeldsätze getragen war, zum Stillstand kam. Dadurch erstreckt sich das Anlageinteresse in wachsendem Maße auf die festverzinslichen Werte und hier natürlich auf die neuen Emissionen, die eine sichere und beträchtliche Rente versprechen. Darin kommt einerseits die immer noch überschüssige Geldversorgung, andererseits das Vertrauen zum Ausdruck, das das Kapital hinsichtlich der Zukunft unserer Industrie hegt. In der Preisentwicklung setzt sich die Tendenz zu einer

Abschwächung der Preise weiter fort. Diese Situation hielt noch bis Mitte Mai d. J. an und es wäre sicherlich falsch, die Ursache allein in einer Belebung der industriewirtschaftlichen Beschäftigungskonjunktur zu sehen. Denn, obgleich gerade in den letzten Wochen fast sämtliche Aktiengesellschaften aus den verschiedensten Industriezweigen in ihren Geschäftsberichten von einer deutlichen Verbesserung der Geschäftslage sprechen, scheint doch diese Besserung mehr eine Folge der inneren Festigung zu sein; d. h. der geringeren Unkosten, des gleichmäßigeren Absatzes, des sicheren Zahlungseinganges und vor allem auch des größeren Umsatzes in jenen Branchen, wo die Krise mit den unrentablen Unternehmungen aufräumte und deren Auftragsbestand an die Übergebbliebenen fiel. Das bestätigt auch, daß die Ziffern der Rohstoffproduktion im Verhältnis zu den Vormonaten nicht gestiegen sind. Darum kann also von keiner Mehrproduktion gesprochen werden, für die die Bindung von Kapitalien für die geringe Versteifung am Geldmarkt verantwortlich wäre. Sondern es werden in erster Linie markttechnische Momente gewesen sein, die man als Ursachen benennen könnte; zumal in den letzten Tagen tägliches Geld wieder überreichlich zu haben war. Überhaupt ist zu vielerlei in unserer jetzigen Situation zu berücksichtigen, als daß man zu klaren und für die Beurteilung der Zukunft zuverlässigen Daten kommen könnte. Doch kann man mit Bestimmtheit sagen, daß ein Aufstieg aus der noch jetzt währenden Depression der Weltwirtschaft, besonders unseres Verhältnisses zu den ausschlaggebenden fremdländischen Geldmärkten ändern müßte. Da eine wirtschaftliche Besserung im Ausland die dortigen flüssigen Mittel verknappt, würde das bei uns kurzfristig beschäftigte Auslandskapital unseren Markt verlassen. Würde dazu noch parallel einer Hebung der Weltwirtschaftslage eine flottere Produktions- und Umsatzfähigkeit bei uns laufen, so wäre bald der überschüssigen Geldversorgung in Deutschland ein Ende bereitet. Das würde zunächst der Effektenmarkt zu spüren bekommen, der jetzt vor allem von den niedrigen Geldsätzen her seine Anregung empfängt. Solch eine Entwicklung wäre durchaus denkbar und die Börse sollte darum gar nicht die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts unter 7 Proz. herbeisehen. Denn gerade seine Hochachtung ist ein Instrument des Ausgleichs mit dem Auslande, auf das wir zugunsten unserer Kapital- und Geldversorgung fürs erste nicht verzichten können. In diesem Sinne erschwert die ungeklärte Lage der englischen Wirtschaft eine genaue Erfassung der weltwirtschaftlichen Konjunktur. Dazu kommt neuerdings die Erschütterung der Frank- und Liralvaluten, welche erneute Störungen in die weltwirtschaftlichen Verhältnisse gebracht haben. Nur die amerikanische Wirtschaft läßt seit der letzten Diskontermäßigung eine Ausgleiche der Konjunkturerrscheinungen bei anhaltender Flüssigkeit an den Geldmärkten erkennen. So daß hier, aus nicht näher auszuführenden Gründen, mit einem stetigen Konjunkturverlauf nach oben zu rechnen ist. Dieses ungenaue Material der Entwicklung der Weltkonjunktur und die Gleichförmigkeit der deutschen Depressionsperiode läßt nicht ohne weiteres zu, daß man daraus weiter ausgreifend folgern könnte. Nur soviel für die Zukunft der deutschen Konjunktur sei gesagt: „Die augenblickliche Lage läßt sich etwas freundlicher an, eine geringe Besserung, von der man hofft, daß sie länger anhält“.

An Hand der Marktberichte soll nun auf Einzelheiten eingegangen werden. Der Arbeitsmarkt, für uns als Arbeitnehmer der wichtigste, zeigt, daß sich die Besserung der Arbeitsmarktslage in der ersten Hälfte des Monats Mai um etwas über 2 v. H. der Hauptunterstützungsempfänger (gegen 2,7 v. H. in der entsprechenden Aprilhälfte und in der zweiten Hälfte um 5,9 v. H.) betrug. Die Verminderung kam diesmal ausschließlich den männlichen Unterstützungsempfängern zugute, die von 1467000 auf 1425000 abgenommen haben. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (d. s. unterhaltungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 1,82 Millionen auf 1,76 Millionen zurückgegangen. Dieser Rückgang der unterstützten Erwerbslosen ist natürlich nicht gleichbedeutend mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Denn diese Tatsache kann rein rechnermäßig durch das Wachsen der Ausgesteuerten hervorgerufen werden. Wohl ist nicht zu verkennen, daß die Landwirtschaft einen Teil gelernter und besonders jüngere Kräfte aufgenommen hat und daß die chemische Industrie, zum Teil das Bekleidungs-gewerbe, die Textilindustrie und die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, das Verwertigungsgewerbe und das Gastwirtsgewerbe eine leichte Besserung zeigen. Doch ist andererseits auch nicht zu verkennen, daß im Baugewerbe, mit Ausnahme der Maler, und in allen anderen Berufszweigen ein erhebliches Überangebot von Arbeitskräften vorhanden ist und daß insbesondere in der Eisen- und Metallindustrie eine Beschäftigungsart eingerissen ist, bei der sich Einstellungen und Entlassungen die Wege



halten. Diese Form der industriellen Beschäftigung ist durch den stoßweisen Eingang von Aufträgen mit baldiger Lieferungsfrist bedingt. Da man auf Vorrat mit eigenen Mitteln nicht mehr arbeiten kann oder besser will, so setzt man je nach Auftragsbestand die Betriebe kurzfristig in Gang und legt sie ebenso schnell wieder still. Dieses, dadurch entstehende starke Wechseln der Belegschaft führt natürlich zu ganz unsicheren Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt und die Anpassung an das System des „von der Hand in den Mund“-Arbeitens ist ziemlich weitgehend vollzogen, allerdings auf Kosten der Arbeiterschaft und des Staates. Aber das war ja der Zweck. Daß durch dieses Gebahren die Konsumkraft des deutschen Volkes leidet und in ein paar Jahren kein vernünftig ausgebildeter Nachwuchs mehr da ist, kommt diesen rein privatkapitalistisch eingestellten Wirtschaftsführern nicht in den Sinn.

Vom Arbeitsmarkt zum Geld- und Kapitalmarkt kommend ist zu bemerken, daß tägliches Geld wieder zu  $3\frac{1}{2}$  bis  $5\frac{1}{2}$  überreichlich zu haben war, unter allerersten Adressen sogar bis zu  $2\frac{1}{2}$  Proz. herunter. Der Privatkontosatz wurde um  $\frac{1}{8}$  auf  $4\frac{5}{8}$  gesenkt, einheitlich für kurze und lange Sicht. Weitere Herabsetzungen unterblieben auf Widerstand von Großbanken. Warenwechsel mit Bank giro waren kaum angeboten, so daß sie bis  $5\frac{1}{8}$  Proz. Diskont zurückgingen. Monatsgeld war zwischen  $5\frac{1}{8}$  und 6 Proz. zu haben. Was den dritten Maiausweis der Reichsbank betrifft, so vermag er das Bild des Tiefstandes nicht zu ändern, das die Aktivgeschäfte der Reichsbank seit spätestens Ende März geben. Die gesamte Kapitalanlage ging weiterhin um 75,3 Millionen auf 1272,1 Millionen zurück. Die Goldbestände und die deckungsfähigen Devisen wuchsen weiter an, so daß die reine Golddeckung des Notenumlaufes von 53,6 auf 56 Proz. stieg, die durch Gold und Devisen zusammen von 65,4 auf 67,2 Proz. (verlangt: Dritteldeckung). Am Anleihemarkt kommen unter dem Eindruck der jüngsten Absatzstockung nur vereinzelt Neuemissionen heraus. Besonders hat der Fehlschlag der Kölner Anleihe den deutschen Städtetag veranlaßt, bei der Aufnahme von Inlandsanleihen starke Zurückhaltung zu empfehlen.

Am Berliner Effektenmarkt war die Tätigkeit in Spezialpapieren ziemlich belebt. Im Vordergrund des Interesses standen die Aktien der Farbenindustrie und der Elektrowerte, da beide Industrien ziemlich gut mit Aufträgen versorgt sind. Am Markt der Elektrowerte waren es vor allem die Aktien der A. E. G. und Bergmann, die gewannen; wahrscheinlich auf Grund russischer Aufträge, die mit dem 300 Millionenkredit zusammenhängen. Am Hamburger Markt trat vorübergehend das Auslandsinteresse ganz unverkennbar für Schiffsaktien hervor, nachdem in einigen Meldungen aus Washington auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, daß der Freigabebill vielleicht doch noch in dieser Tagung im Parlament zur Debatte gestellt werden könnte.

Die Warenmärkte sind trotz des Zusammenbruches des englischen Streiks, marktmäßig gesehen, noch nicht normal. Die weitere Fortdauer des Ausstandes in den Kohlenbergwerken läßt mit tiefgreifenden Störungen rechnen, weil die normale Warenbewegung durch das teilweise Ausfallen der englischen Hafenanlagen auf schwerste gehemmt wird. Zum Beispiel sind neben Getreideladungen auch beträchtliche Posten von Metallen statt nach London und Liverpool nach den Nordseehäfen geleitet und dort eingelagert worden. Früher oder später werden sie natürlich wieder nach Großbritannien zurückströmen; denn das Festland ist nicht aufnahmefähig genug, und dann werden diese Mengen störend auf die Entwicklung der Märkte einwirken. Unter diesen Umständen leiden besonders die Metallmärkte und zeigen bei kleinem Geschäft überwiegend Rückgänge. Besonders bei Zink scheint sich das bemerkbar zu machen, während Zinn und Kupfer verhältnismäßig stetig lagen. Baumwolle ist weiter leicht befestigt. Wolle tut behauptet und der Getreidemarkt zeigt fallende Tendenz infolge der Klagen über den schlechten Mehlsatz. Erka.

## Kalte Sozialisierung.

Den nach Beendigung des Krieges von weiten Volksschichten stürmisch erhobenen Sozialisierungsforderungen entsprechend wurde in Artikel 156 der Verfassung dem Reiche das Recht zugestanden, durch Gesetz für die Vergesellschaftung geeignete privatwirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überzuführen. Unter Bezugnahme hierauf sind die sogenannten Sozialisierungsgesetze über die Kali-, Kohlen-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft erlassen worden. Besondere Auswirkungen haben die dahingehenden verfassungsmäßigen und gesetzlichen Vorschriften aber bis jetzt nicht bemerkbar werden lassen. Dem deutschen Kapitalismus ist es, unterstützt durch die der Sozialisierung ungünstige Wirtschaftslage, nicht nur gelungen,

die auftretenden Sozialisierungsforderungen abzuwehren, sondern auch völlig zum Verstummen zu bringen.

Bei dieser Abwehr blieb der Kapitalismus nicht stehen. Die für ihn günstige politische und wirtschaftliche Situation benutzend, wie sie namentlich durch die Zersplitterung der Arbeiterbewegung geschaffen wurde, ging er alsbald zum Gegenangriff über. Gegenstand dieses Angriffs waren die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen des Reichs, der Länder und Gemeinden, die teils vor dem Kriege, teils während desselben als Reaktion auf die kapitalistischen Monopols- und Ausbeutungsbestrebungen entstanden waren. Sie erfuhren die heftigste Bekämpfung; an ihrer Tätigkeit und Geschäftsführung wurde kein gutes Haar gelassen. Am schärfsten wurde dieser Kampf während der Inflationszeit geführt, wo die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hart um ihre Existenz zu ringen hatten. Der Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse dienend, mußten sie der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung Rechnung tragen. Es war deshalb ausgeschlossen, daß sie die verbraucher- und wirtschaftsschädigenden Methoden in Anwendung bringen konnten, die es dem Kapitalismus selbst in jener Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs möglich machten, sich auf Kosten der breiten Volksschichten zu bereichern. Gerade aber dieses soziale Verhalten der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wurde ihnen von den kapitalistischen Gegnern als Sünde angerechnet. Es diente als Beweis, daß die gemeinwirtschaftliche Unternehmungsform nicht genügend anpassungsfähig, durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt und der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise unterlegen sei.

Mit dieser Beweisführung verband sich die Forderung auf Beseitigung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen oder mindestens Umwandlung ihrer Geschäftsführung in die gemischtwirtschaftliche Unternehmungsform. Das hieß nichts anderes, als die Hereinnahme und Beteiligung des Privatkapitals, die Auslieferung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen an den Kapitalismus und damit die Zerstörung aller Ansätze zu einer sozialistischen Entwicklung. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Der gemeinwirtschaftliche Gedanke hatte doch schon zu stark Wurzel gefaßt, als daß er so ohne weiteres ausgerottet werden konnte. Die Absichten des Kapitalismus scheiterten an dem ihnen aus fast allen Volkskreisen entgegengesetzten Widerstand. Hierzu führte auch der sehr bald auf die Währungsstabilisierung folgende Zusammenbruch einer Anzahl während der Inflationszeit entstandener großkapitalistischer Konzerne, der in überzeugender Weise die Hinfälligkeit der Angriffe gegen die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen demonstrierte. Aber auch die sonstigen kapitalistischen Unternehmungen lieferten diesen Beweis. Denn während die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen sich in verhältnismäßig kurzer Zeit von den Nachwirkungen der Inflation erholten, konnten sich zahlreiche privatkapitalistische Unternehmungen nur mühsam durch Einräumung öffentlicher Kredite und Subventionen am Leben erhalten. Der Kampf gegen die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wurde eingestellt.

Damit hat der Kapitalismus jedoch keineswegs endgültig auf die Bekämpfung der öffentlichen Gemeinwirtschaft verzichtet. Er kann und darf es nicht, da diese in ihren Ergebnissen nicht nur seine Gemeinschädlichkeit, sondern auch seine Überflüssigkeit nachweist. Der Kampf des Kapitalismus gegen die öffentliche Gemeinwirtschaft ist nicht mehr und nicht weniger, als ein Kampf um seine Existenz! Die Herrschaft des Kapitalismus geht mit dem Augenblick zu Ende, wo die Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, wie der sonstigen Verbraucher zu der Überzeugung gelangen, daß die kapitalistische Produktion und Warenverteilung durch die gemeinwirtschaftliche ersetzt und abgelöst werden kann. Diese Überzeugung muß sich um so schneller und weiter verbreiten, je besser die Ergebnisse der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen sind und je stärker die mit dem kapitalistischen System verbundenen Mißstände den ausgebeuteten Volksschichten fühlbar werden. Das ist bei der von den kapitalistischen Kartellen betriebenen Preistreiberi und Lohn-drückerei bereits in erheblichem Maße der Fall.

Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß der Kapitalismus zu einem neuen Kampfe gegen die öffentliche Gemeinwirtschaft rüstet. Wie die „Deutsche Sparkassenzeitung“ erfährt, geht aus vertraulichen Mitteilungen der beteiligten Verbände hervor, daß unter dem Schlagwort „Kalte Sozialisierung“ eine große, von langer Hand vorbereitete Aktion geplant wird, wie sie in solchem Ausmaße im wirtschaftlichen Leben Deutschlands bisher noch nicht beobachtet werden konnte. Eine großzügige „Aufklärung“ der Öffentlichkeit und Behörden soll darlegen, welche schweren Gefahren aus der wirtschaftlichen Beteiligung der öffentlichen Hand drohen. Zur Zeit wird von allen möglichen Stellen Material

gesammelt, das solange streng vertraulich behandelt werden soll, bis es von einem, der in solchen Leistungen bekanntlich wohl geübt Unternehmungsinduzis „verarbeitet“ vorliegt. Man wird sich hiernach auf allerhand gefaßt machen dürfen!

Noch hat der Generalangriff, von dem die „Deutsche Sparkassenzeitung“ spricht, nicht eingesetzt. Wohl aber haben bereits die Plänkereien für den bevorstehenden Angriff begonnen. Sie sind bis jetzt im allgemeinen unbeachtet geblieben. Das hierbei zu beobachtende planmäßige Vorgehen nötigt aber, den von der bürgerlichen Presse willfährig aufgenommenen, durch ihre Aufmachung fesselnden Veröffentlichungen der hinter ihnen stehenden kapitalistischen Kreise größere Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere richten sich die Angriffe gegen die Verwaltung des Reichs, der Länder und Gemeinden, die trotz aller Abbaumaßnahmen noch immer als zu kostspielig bezeichnet wird, obwohl einwandfreie Feststellungen ergeben, daß die privatkapitalistischen Unternehmungen mit ihrem Überfluß an Direktoren und Aufsichtsräten wesentlich kostspieliger arbeiten. Ferner bilden Gegenstand des Angriffs die Tätigkeit der öffentlichen Spar- und Girokassen, die Kreditpolitik der Reichsbank und die Anleihewünsche der öffentlichen Verbände und Gemeinden, denen die Mittel für die Ausdehnung der gemeinwirtschaftlichen Tätigkeit entzogen werden sollen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß das Schlagwort „Kalte Sozialisierung“ seine Wirkung auf den bürgerlichen Spieß nicht verfehlen und ihm aufrütteln wird, sich gegen die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft zu wenden. Die gleiche Wirkung wird sicher auch in den Handwerkskreisen hervorgerufen, die in zünftlerischen Anschauungen verknöchert, sich seither schon allen Bestrebungen auf Ausdehnung und Ausbau der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen widersetzen, trotzdem aber nicht verfehlen, die weitgehendsten Ansprüche an ihre Leistungen zu stellen. Ursache der hier wie auch bei dem kapitalistischen Unternehmertum vorhandenen Gegnerschaft ist nichts anderes, als die Furcht vor der von den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen drohenden Konkurrenz. Sie fürchten die Aufdeckung ihrer preistreiberischen Methoden und die Durchbrechung ihrer, die breiten Massen ausbeutenden Monopolherrschaft. Im Gegensatz dazu kann das Schlagwort „Kalte Sozialisierung“ der Arbeiterschaft keine Angst einjagen. Sie weiß, was dahinter steckt und sie hat das größte Interesse daran, den offenen und verkappten Gegner der gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen die gebührende Abfuhr zuteil werden zu lassen. M.

## Die Wirtschaft einer Genossenschaftszentrale.

Unter den Trägern der konsumgenossenschaftlichen Bewegung Deutschlands ragt die GroBeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine sichtbar hervor. Man kann sich ohne sie die deutschen Konsumgenossenschaften gar nicht mehr denken, obwohl es nicht so ist, daß die GEG. (GroBeinkaufsgesellschaft) den Konsumgenossenschaften Blut und Leben gebe, sondern gerade umgekehrt. Denn 894 der leistungsfähigsten Konsumgenossenschaften mit wohl etwa 3 Millionen Mitgliedern bilden die Gesellschafter der GEG., die von ihr beliefert werden. Aber trotz des tatsächlichen Umstandes, daß die GEG. ohne Konsumvereine ein bloßer Name ohne Inhalt wäre, ist unverkennbar, daß in dieser genossenschaftlichen Wirtschaftsspitze sich das gesellschaftliche Leben der Konsumgenossenschaften konzentriert. Und das „do ut des“ — „Ich gebe, damit du gibst“ — hat kaum irgendwo einen tieferen, realeren und dabei sittlicheren Sinn, als in dem Verhältnis zwischen den Konsumgenossenschaften und ihrer GEG. Praktisch hat sich dies insbesondere während der Dauer der Wirtschaftskrise erwiesen und erweist es sich heute noch, indem die GEG. zahlreichen Konsumgenossenschaften, deren „Schiff in Not“ war, geschäftlich und finanziell herausgeholfen hat, woraus es sich auch zum Teil wenigstens erklärt, daß in einer Zeit, wo die Unternehmungen in Konkursen nur so durcheinander purzelten, die Konsumgenossenschaften sich halten konnten. Keiner riß den andern mit, wie es in der Privatwirtschaft der Fall war und womit nebenbei bewiesen ist, daß die genossenschaftliche Solidarität eine volkswirtschaftliche Qualität besitzt, die in der Privatwirtschaft nur durch staatliche Subsidien und Subventionen an die „notleidendere“ Landwirtschaft und den am meist notleidenden Mittelstand ausgeglichen werden kann.

Es lohnt sich deshalb, aus dem kürzlich erschienenen Geschäftsbericht der GEG. über das Jahr 1925 die wichtigsten Zahlen unter Vergleich mit denen vom Vorjahre und von 1914 herauszuziehen, um festzustellen, daß die Wirtschaftszentrale der Konsumgenossenschaften sich in einer Zeit glänzend entwickeln konnte, wo gerade die allergrößten kapitalistischen Unternehmungen und Konzerne zusammengebrochen sind.

Die GEG., die also nur die Konsumgenossenschaften mit Waren beliefert, hatte im Jahre 1925 einen Umsatz von 228 169 471 Mk. (1924: 168 466 278 Mk., 1914: 157 524 040 Mk.), von welchem nicht weniger als 35 1/2 Millionen Mark (1924: 26 1/2 Millionen, 1914: 10 493 615 Mk.) auf die in eigener Produktion hergestellten Waren entfielen. Diese eigene Produktion für den genossenschaftlichen Warenmarkt verkörpert die zentrale Wirtschaftsdemokratie der Konsumgenossenschaften und sie ist bei aller verhältnismäßigen Geringfügigkeit, gemessen an den Milliardenzuwächsen unseres privatkapitalistischen Zeitalters, doch der sinnfällige Ausdruck dafür, daß Wirtschaftsdemokratie durch Eigenbesitz verwirklicht werden kann und muß, womit die Demokratie der Verwaltung von Wirtschaftsunternehmen den Beteiligten als reife Frucht von selbst in den Schoß fällt.

In diesem wirtschaftsdemokratischen Unternehmen der GEG. sind 4327 Personen beschäftigt (1924: 3598, 1914: 2015), die an Gehältern und Löhnen über 7 1/2 Millionen Mark bezogen und für welche an sozialen Versicherungsbeiträgen, Pensionszuschüssen usw. 703 377 Mark gezahlt wurden. Die Steuern betragen über 1 1/2 Millionen Mark bei einem Überschuß von rund 2 1/2 Millionen Mark. Es ist also nicht so, als ob der Fiskus die Genossenschaftsunternehmen ungeschoren ließe. Ganz im Gegenteil. Man möchte beinahe sagen, ein Teil dessen, was der GEG. und den Konsumgenossenschaften zu viel abgeklopft wird, bildet Subventionszuschuß für die notleidenden Wirtschaftskreise, die eingangs gekennzeichnet wurden. Der viel kleinere genossenschaftliche Wirtschaftskörper wird „transfusioniert“, muß Blut abgeben, weil er viel — gesünder — ist, als der viel größere privatwirtschaftliche. Auch ein Zeichen der Zeit.

Von besonderem Interesse im Geschäftsbetrieb der GEG. ist auch die eigene genossenschaftliche Bankabteilung, deren Gesamtumsatz im Geldverkehr des Jahres 1925 nicht weniger als 1376 1/2 Millionen Mark betrug (1924: 915 7/8 Millionen Mark, 1913: 1009 Millionen Mark). Das Interessante an dieser Tatsache ist, daß die genossenschaftliche Warenverteilung und Warenerzeugung mit eigenen Mitteln finanziert werden kann und in steigendem Maße auch finanziert wird. Dazu kommen noch die Millionen Versicherungsgelder der genossenschaftlich-gewerkschaftlichen „Volksfürsorge“, so daß der Zeitpunkt ungefähr berechnet werden kann, wo die genossenschaftlich organisierten Verbrauchermassen unabhängig vom privaten Bankkapital ihre eigenen Unternehmungen in Handel und Produktion finanzieren können. Und dies wird eine bedeutsame Tatsache sein, da sie der ganzen genossenschaftlichen Bewegung nicht nur einen inneren starken materiellen Halt und Inhalt, sondern auch einen mächtigen Impuls zum verstärkten Auftrieb geben wird. Dies ist weder Hypothese noch Theorie, sondern tatsächliche und berechenbare, nüchterne — Wirtschaftstatistika.

Eine vorbildliche Verteilung des Überschusses zeigt, wie wirtschaftsdemokratische Unternehmungen das Resultat ihrer Tätigkeit immer wieder nur zur eigenen Weiterentwicklung verwenden. Und damit zum Nutzen der die Unternehmen tragenden und genossenschaftlich organisierten Allgemeinheit. Von den 2 460 593 Mk. Überschuß erhält das eingezahlte Stammkapital der konsumgenossenschaftlichen Aktionäre lediglich 5 Proz. Zinsen, also 281 790 Mk. Die übrigen 2 187 793 Mk. fließen in fünf verschiedene Reservefonds, von denen die Produktionsreserve mit 1 130 883 Mk. den Löwenanteil erhält. Die Reserven betragen dann insgesamt rund 7 Millionen Mark, d. h. eben so viel wie das eingezahlte Stammkapital. Dem Produktionsfonds gehören hiervon rund 4 Millionen Mark und es darf mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß in den nächsten Jahren wieder eine Reihe neuer Genossenschaftsbetriebe entstehen, die alle dem Ziele — Wirtschaftsdemokratie — dienen. Die genossenschaftlich organisierten Verbrauchermassen — nahezu 4 Millionen Familien! — können diese Entwicklung ganz gewaltig beschleunigen, indem sie in den Verteilungsstellen ihrer Konsumvereine die mit der „Marke GEG.“ gezeichneten Artikel unter allen Umständen bevorzugen. Insbesondere unsere Seifen und Seifenprodukte.

Wenn der Bericht der GEG. zum Schluß sagen kann, daß die Aussichten für das neue Wirtschaftsjahr im allgemeinen wenig günstig sind, aber der Konsumgenossenschaftsbewegung weiteren Aufstieg bringen wird, so ist dieser Optimismus das beste Zeugnis für die innere Kraft der genossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmen. Ein Optimismus, der schon durch die Tatsache gerechtfertigt ist, daß die GEG. im ersten Vierteljahr 1926 bereits über 62 Millionen Mark Warenumsatz notiert gegen 47 1/2 Millionen im ersten Vierteljahr 1925. Davon betrug die eigene Produktion über 10 1/2 Millionen Mark gegen 7 1/2 Millionen im 1. Vierteljahr 1925.

Ja, es geht vorwärts. Trotz alledem.

## Die Lehren des englischen Generalstreiks.

„The proof of the pudding, lays in the eating.“ (Sprich: der pruf of de pudding lais in de ißing. Deutsch: Der Beweis für die Güte des Puddings liegt im essen). An diesen Spruch wurde ich unwillkürlich erinnert, als mir die ersten Nachrichten vom Zusammenbruch des Generalstreiks zu Ohren drangen. Wir stehen vor der betäubenden Tatsache, daß der mit so großer Furcht erklärte Kampf am neunten Tage bedingungslos zusammenbrach. Nachdem man auch in England so viel von der Gewalt des Generalstreiks geträumt, glaubte man das Mittel auch mal praktisch ausprobieren zu müssen. Die Folgen sind verheerend. Das von der kommunistischen Presse angestimmte Geschrei über den Verrat der rechten Führer der Arbeiterpartei ist natürlich purer Unsinn, da weder eine Ausdehnung des Streiks auf die sogenannte zweite Linie noch ein Verharren im Kampfe etwas retten konnte. Der Vorwurf der Kommunisten richtet sich vor allem dagegen, daß man diesen Streik nicht zu einer politischen Aktion großen Stils erheben wollte. Da entsteht die Frage: ob es wohl möglich ist, aus jedem Streik einen politischen Kampf zu machen? Was würde aus der Gewerkschaftsbewegung werden, wollten wir eine solche Taktik zur Richtlinie im wirtschaftlichen Kampfe erheben? Der Generalstreik brach gerade deshalb zusammen, weil die Regierung die Parole herausgab, der Streik sei ein Attentat auf den Staat und damit gegen die Volksgemeinschaft. Ein Kampf gegen die Regierung war aber in dieser Form ein Kampf gegen die Demokratie. Die Regierung vertrat den Standpunkt, es drehe sich um die Frage, ob eine Gewerkschaftsdiktatur siegen solle oder die parlamentarische Macht. Unsinn ist es, die Psychologie eines Volkes verkennen zu wollen. Die englische Demokratie ist mit dem Volke eng verbunden, sie ist in jahrhundertlangem Ringen langsam Schritt für Schritt gewachsen und in einer solchen Gemeinschaft bleibt der Generalstreik immer eine sehr gefährliche Sache. Es zeigte sich, daß die Gewerkschaften gegen eine uneinnehmbare Festung anstürmten.

Im deutschen bürgerlichen Lager hat man versucht, diesen Kampf mit dem Generalstreik zur Abwehr des Kapp-Putsches zu vergleichen. Nichts ist verkehrter als ein solcher Vergleich, da letzterer Streik gerade der Verteidigung der gesetzmäßigen Verfassung gegenüber den Gewalten der Reaktion galt. Erhebt in solchen Augenblicken das Volk sich in seiner Gesamtheit, so ist der Sieg gewiß. Hier handelte es sich also nicht um einen Klassenkampf, sondern um einen nationalen Kampf, in dem sich alle verfassungstreue Bürger um die Fahne der Verfassung scharten. Anders im englischen Generalstreik, der ein Klassenkampf des Wortes bester Bedeutung war. Dort kämpften die Arbeiter eigentlich gegen Staat und Gesellschaft.

Es kann nicht geleugnet werden, daß große Teile des Volkes — und nicht allein aus den besseren Schichten — der Regierung zu Hilfe eilten, wodurch die Anwerbung von Streikbrechern ein leichtes war.

Der Regierung standen alle Machtmittel des Staates zur Verfügung, die auch raffiniert ausgeklügelt angewandt wurden.

Es bleibt allerdings eine Tatsache, daß der bedingungslose Abbruch der Bewegung große Verwirrung hervorrief. Die Unternehmer stellten sich bei Wiederaufnahme der Arbeit fast allgemein auf den Standpunkt, da Tarif- und Kontraktbruch vorläge, beständen keine Kollektivverträge mehr, also müßten neue Anstellungsverträge mit den einzelnen Arbeitern abgeschlossen werden. Um die vorhandenen Schwierigkeiten überbrücken zu können, sahen sich die Eisenbahnergewerkschaften gezwungen eine Vereinbarung zu treffen, worin sie anerkennen, der Generalstreik sei gesetzwidrig gewesen und alle beteiligten Eisenbahner hätten sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht. Ähnliche Vereinbarungen kamen im Buchdruckergewerbe zustande. Überall stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, es herrsche jetzt ein tarifloser Zustand. Einen günstigen Eindruck machte im Parlament die Mahnung des Premierministers, wonach es in diesem Kampfe weder Sieger noch Besiegte geben dürfe. Vor allem betonte er mit vollem Ernst, der jetzige Augenblick dürfe nicht zur Schwächung des Einflusses der Gewerkschaften benutzt werden. Geradezu verhängnisvoll für das gesamte englische Leben wäre es, wollten die Unternehmer den Versuch zu Repräsentationen unternehmen. Diese Stellungnahme wird dazu beitragen, baldigt zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Allerdings gibt es allerlei Hemmnisse zu überbrücken, da ja auch das Versprechen der Regierung da ist: die Streikbrecher würden als Dank für ihre dem Staate geleistete Hilfe ein erstes Anrecht auf Arbeit haben.

Die erlittene Schlappe war um so offenkundiger, als es vor Abbruch des Generalstreiks nicht gelang zuerst eine Einigung mit den Berg-

arbeitern zu finden. Die Fortführung des Kampfes hätte aber zu einer Katastrophe führen müssen, da der Regierung trotz des geschaffenen Wirrwarrs große Kräfte zur Verfügung standen, und sie auch mit ihrem Ultimatum: zuerst Abbruch des Generalstreiks, dann Verhandlung mit den Bergarbeitern im Parlament sowie beim Volke weitgehendst unterstützt wurde. „Ein Kampf bis zum bitteren Ende“ wäre tatsächlich einer unverantwortlichen Vabanquepolitik übelster Art gleich gekommen. Das Schlimmste an der ganzen Sache war, daß auch die Arbeiterpartei in die Angelegenheit so sehr verwickelt und auch dieser die Hände gebunden waren. Ja, gerade weil der Generalstreik das Resultat eines gemeinsamen Beschlusses zwischen Gewerkschaften und Labour Party war, konnte die Regierung die Parole ausgeben, es drehe sich um die Frage, ob die parlamentarische Macht herrschen solle oder eine Gewerkschaftsdiktatur. In Wirklichkeit verdienen die Generäle der Gewerkschaften und der Labour Party den Dank der gesamten internationalen Arbeiterbewegung, weil sie den Mut fanden, zum Rückzug zu blasen, ehe die Kräfte der Arbeiterschaft verbraucht waren.

Sollte es nun wirklich notwendig werden, eine Schuldfrage zu konstruieren, so liegt diese auf einem ganz anderen Gebiet als bei den Führern der Labour Party.

Zweifellos war der im vorigen August angestimmte Siegesrausch über den Sieg des „reinen Gewerkschaftskampfes über die Politik“ (z. Z. der Beendigung der Kohlenkrise), der weit über die Grenzen Englands hörbar war, sehr übertrieben. Das rächt sich jetzt schwer. Auch die vom letzten Gewerkschaftskongreß gehegten Hoffnungen auf Wiedererweckung Robert Owen'scher Traditionen haben sich als ein Trugschluß erwiesen. Das Spielen mit dem Gedanken zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft für alle Industrien ist in der modernen Zeit ein gefährliches Beginnen. Gewiß ist der in 1914 ins Leben getretene und beim Streik in 1921 in die Brüche gegangene Dreiverband immer noch in Erinnerung. Für die verantwortlichen Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung ist nun aber die Zeit gekommen, Klarheit darüber zu schaffen, ob man sich auf die wirkliche Gewerkschaftsarbeit besinnen will oder nicht. Im Wesen der Gewerkschaftsarbeit liegt es, daß der Tarifvertrag als unantastbare Einrichtung geachtet wird. Die Gewerkschaftsbewegung würde böse Zeiten heraufbeschwören, wollte sie den Kontraktbruch zum leitenden Prinzip erheben. Soll der internationalen Gewerkschaftsbewegung nicht unberechenbarer Schaden zugefügt werden, so muß hier eine klare und nicht mißzuverstehende Stellung eingenommen werden.

Im Interesse des Gedeihens der internationalen Gewerkschaftsbewegung muß auch die Frage aufgeworfen werden, ob es überhaupt zu einem Generalstreik kommen dürfte. Dieser Kampf war als Sympathieumgebung für die Bergarbeiter gedacht und mit aller Deutlichkeit muß doch einmal festgestellt werden, daß der Sympathiestreik eine recht unbrauchbare Waffe im wirtschaftlichen Kampfe ist. In dem Ringen hat es sich bewiesen, daß diese Waffe auch im äußersten Notfall unbrauchbar bleibt. Weiß man doch beim Sympathiestreik nie wo der Anfang und wo das Ende sein soll. In diesem Falle verlangten die Bergarbeiter den Sympathiestreik der Eisenbahner, der Verkehrsarbeiter, der Buchdruckereiarbeiter u. a. m. Wie aber, wenn die Metallarbeiter, die sich auch in der Lohnbewegung befinden, demnach streiken, können die dann auch den Sympathiestreik der genannten Berufe verlangen? Soll ein solches Prinzip bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt werden, dann kämen bestimmte Gewerkschaften überhaupt nicht mehr aus der Streikbewegung heraus.

Nach den vorliegenden Berichten sind die Verhandlungen im Bergbau wieder aufgenommen worden. Wie der Premierminister jedoch mitteilte, wird es schwerlich gelingen, die streitenden Parteien zu einer zufriedenstellenden Einigung zu bewegen. Deshalb soll ein großzügiges Programm ausgearbeitet und unverzüglich dem Parlament in Form von Gesetzentwürfen unterbreitet werden, mit der Bedingung, dieselben noch in dieser Session zu verabschieden. Da das in großen Unrissen bekanntgegebene Programm die Vorschläge der königlichen Kohlenkommission verwirklichen will, so fragt man sich verwundert, warum der Premierminister seine Vorschläge nicht vor Abbruch der Verhandlungen am 1. Mai machen konnte. Kommt es auf dieser Grundlage zu einer Einigung mit den Bergarbeitern, so soll die staatliche Unterstützung in Höhe von 3 Millionen Pfund Sterling weitergezahlt werden. Allerdings soll auch die Lohnverkürzung mit einigen Einschränkungen durchgeführt werden.

B. Weingart.



## Das Arbeitsrecht in Front.

(Nachdruck verboten).

Im Artikel 157 der Verfassung der deutschen Republik wird es als eine Aufgabe des Reiches bezeichnet, ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen. Hieraus ist dann die populäre Formulierung entstanden, daß wir das Gesetzbuch der Arbeit erhalten sollen. Es handelt sich um eine große Idee. Neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Strafgesetzbuch soll das Gesetzbuch der Arbeit als dritte Rechtsdisziplin bestehen und die Arbeitskraft soll nicht mehr nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch als Sachverhalt, sondern nach dem Gesetzbuch der Arbeit als Personenrecht bewertet werden. Die weitere Schlußfolgerung hieraus ist die Überwindung des Individualismus durch den Kollektivismus. An die Stelle des einzelnen tritt die Klasse und damit auch gesetzmäßig begründet an die Stelle des Kampfes aller gegen alle, der zitierehere Klassenkampf.

Daraus ergibt sich auch der grundlegende Unterschied gegenüber der wilhelminischen Sozialpolitik. Diese war eine Art Wohlfahrtspflege. Sie entstand aus dem Bestreben, die Arbeiter davon abzuhalten, die Arbeitskraft durch den Zusammenschluß zu einem Machtfaktor zu gestalten. Dagegen ist das Arbeitsrecht seit 1918 der Ausfluß der Macht der Arbeiterklasse. Auch der Gesetzgeber erkennt nunmehr die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterklasse an. Die geschaffenen Gesetze sollen die Gewerkschaften nicht hemmen, sondern die Entfaltung ihrer Macht gesetzlich sicherstellen.

Infolgedessen haben alle arbeitsrechtlichen Gesetze den Charakter von Rahmengesetzen, die nicht in erster Linie als reine Schutzgesetze, sondern vielmehr nur als die Grundlage für die Tätigkeit der Gewerkschaften wirken. Ohne die Tätigkeit der Gewerkschaften wären diese Gesetze teilweise vollkommen unwirksam. Tarifvertragsverordnung und Schlichtungsverordnung ständen ohne die Gewerkschaften nur auf dem Papier. Die Arbeitszeitverordnung würde ohne die Gewerkschaften weiter nichts sein als der Rahmen für die Betätigung des guten oder schlechten Willens der für die Genehmigung der Mehrarbeit zuständigen Behörden. Was wären weiter die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise ohne tüchtige Gewerkschafter als Arbeitnehmervertreter oder was würden die Arbeitsgerichte ohne solche Arbeitnehmervertreter sein?

Mithin ist das Arbeitsrecht kein Ding an sich, sondern der Ausfluß der Macht der Arbeiterklasse. Haben die Arbeiter starke Gewerkschaften, dann entstehen gute arbeitsrechtliche Gesetze, die auch zur Durchführung kommen. Stehen die Arbeiter in erheblicher Zahl außerhalb der Gewerkschaften, dann sind die entstehenden Gesetze viel schlechter und selbst wenn sie gut wären, würden sie erst durchführbar, sobald starke Gewerkschaften dafür eintreten. Das ist die historische Mission der Gewerkschaften. Gutes Arbeitsrecht und starke Gewerkschaften sind ein zusammengehöriger Begriff.

Wir haben, um zu einem einheitlichen Arbeitsrecht zu gelangen, fast die ganze Arbeit noch vor uns. Arbeitsgerichte, Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeit, Tarifrecht, Schlichtungswesen, Arbeitsvertragsrecht, Berufsausbildungsgesetz usw. gilt es erst noch in entgeltlicher gesetzlicher Form zu schaffen. Die erstgenannten drei Materien stehen gegenwärtig zur Aussprache und zur Erledigung. Auf arbeitsrechtlichem Gebiete haben wir Hochkonjunktur. Dabei ist für die Gewerkschaften und damit für die Arbeiterklasse die Zeit wenig günstig. Die Gewerkschaften leiden unter der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, außerdem aber auch noch unter der Gleichgültigkeit vieler Arbeiter. Wenn die Gesetze nicht so ausfallen, wie die Arbeiter es wünschen, dann können sich die Arbeiter die Schuld daran selbst zuschreiben. Diese Dinge vollziehen sich mit eiserner Konsequenz.

Der Gesetzentwurf über die Arbeitsgerichte liegt nunmehr dem Reichstag vor, der ihn seinem sozialpolitischen Ausschuss zur Durchberatung überweisen hat. Es gilt hier vor allem noch die möglichste Selbstständigkeit dieser Gerichte und die weitgehende Mitwirkung der Gewerkschaften zu erreichen. Die weitgehendste Vereinheitlichung scheint dagegen bereits gesichert zu sein, so daß dieser Fortschritt gegenüber den jetzigen Zuständen wohl erreicht werden wird. Welche Bedeutung die Arbeitsgerichte haben, ergibt sich daraus, daß vor den verschiedenartigen gegenwärtigen Arbeitsgerichten im Jahre 1925 rund 225 000 Streitfälle anhängig waren. Wenn durch die Schaffung der neuen Arbeitsgerichte die jetzt noch ausgeschlossenen Arbeitsschieden hinzukommen, dürften die Streitfälle in einem Jahre 300 000 weit übersteigen. Mit Familienangehörigen sind demnach jährlich, jährlich mehr als eine Million Menschen an dem guten Funktionieren dieser Gerichte unmittelbar interessiert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Arbeitsverträge fast aller Arbeiter wesentlich nach dieser Rechtsprechung gestalten. Das heißt, daß die Unternehmer keine Bedingungen vereinbaren, die vor den Arbeitsgerichten unhaltbar wären.

Die Arbeitslosenversicherung soll ebenfalls gesetzlich geregelt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf wird gegenwärtig vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat beraten. Es handelt sich vor allem darum, die Arbeitslosenunterstützung als Rechtsanspruch der versicherten Arbeiter festzulegen, also die jetzige Bedürftigkeitsprüfung zu beseitigen. Außerdem soll die Selbstverwaltung durchgeführt werden. Weiter wird angestrebt, die Beiträge und die Unterstützungssätze ähnlich wie in der gesamten Sozialversicherung zu staffeln und zwar nach dem Prinzip, daß für die unteren Staffeln eine möglichst weitgehende Existenzsicherung gewährleistet wird und daß die höheren Beiträge sich bis zu einem gewissen Grade auch in höheren Unterstützungssätzen auswirken. Über die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung besteht wohl keinerlei Zweifel. Bei zwei Millionen Arbeitslosen und zwei Millionen Kurzarbeitern ergibt sich von selbst, daß eine zweckmäßige Regelung der Arbeitslosenunterstützung geradezu die Voraussetzung für die Existenz eines Staates überhaupt ist. Daneben bleibt auch bei der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit immer noch die besondere Pflicht des Staates bestehen, in Zeiten von Wirtschaftskrisen, wie wir sie jetzt haben, aus allgemeinen Staatsmitteln Zuschüsse zu leisten, da bei derart normalen Verhältnissen die Beiträge niemals ausreichen. So beträgt beispielsweise gegenwärtig das Beitragsaufkommen monatlich ungefähr 40 Millionen, der monatliche Staatszuschuß an 80 Millionen. Diese Tatsache trägt wiederum dazu bei, daß der Staat der Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung Schwierigkeiten bereitet. Die Unternehmer haben sowieso ein Interesse an einer großen industriellen Reservearmee und sie sind daher noch größere Gegner einer wirklich ausreichenden Arbeitslosenunterstützung. Es läßt sich denken, daß die Beratungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat unter keinem günstigen Stern stehen und fast ins Stocken geraten sind. Es soll eine Zwischenlösung gesucht werden. Die Regierung hat bereits einen Anlauf unternommen, unter Ausschaltung des Reichstags eine Verschlechterung der jetzigen Unterstützungssätze herbeizuführen, welchem Beginnen die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch einen Initiativantrag entgegengetreten ist. Die Schaffung einer guten endgültigen Arbeitslosenversicherung wird dadurch nur um so dringender und wichtiger.

Den Gesetzentwurf über die endgültige Regelung der Arbeitszeit hat das Reichsarbeitsministerium wohl ausgearbeitet, hält ihn jedoch noch geheim. Soweit Nachrichten über den Inhalt in die Öffentlichkeit gedrungen sind, muß damit gerechnet werden, daß zwar das Washingtoner Arbeitszeitabkommen weitgehend berücksichtigt wird, so daß mit der Gesetzgebung die Ratifizierung vollzogen wäre, jedoch ist das Reichsarbeitsministerium bis an die äußerste Grenze der Auslegungsmöglichkeiten des Washingtoner Abkommens gegangen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dieses Abkommen für deutsche Verhältnisse überhaupt nicht sehr weitgehend ist. Die geltende Arbeitszeitverordnung darf vielleicht als besser angesehen werden, denn wären alle deutschen Arbeiter-Gewerkschaftsmitglieder, dann hätten wir nach dieser Verordnung bereits den vollständigen Achtstundentag. Jedenfalls bringt der dem Washingtoner Abkommen entsprechende neue Gesetzentwurf, soweit dies heute schon beurteilt werden kann, keine wesentlichen Verbesserungen. Dagegen werden sich die Gewerkschaften, vor allem gegen die auf Grund des Washingtoner Abkommens möglichen und auch vom Reichsarbeitsministerium beabsichtigten Verschlechterungen energisch wehren müssen.

Es steht also den Gewerkschaften eine Fülle von wichtiger Arbeit bevor. Eingang dieser Ausführungen ist grundsätzlich darauf verwiesen worden, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wenn die Tätigkeit der Gewerkschaften hier wie auch allgemein von Erfolg sein soll. Die Arbeiter müssen diesen Dingen auch in der gegenwärtigen schweren Zeit ihr ganzes Interesse zuwenden. Vor allem müssen die Gewerkschaften durch die Gewinnung der heute noch abseits stehenden Arbeiter so stark werden, daß sie ihre großen Aufgaben auch erfüllen können.

## Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?

### Kurze Übersicht über die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen.

(Ausschneiden und aufbewahren).

II.

### Die Leistungen, die die Unfallversicherung gewährt.

#### Die Leistung bei Verletzungen.

Bei Unfallverletzungen wird gewährt: Krankenbehandlung (Krankengeld, Familiengeld usw.), Berufsfürsorge, Rente für die Dauer der erlittenen Erwerbsunfähigkeit.

### Worin besteht die Krankenbehandlung?

Sie besteht in ärztlicher Behandlung, Versorgung mit Arznei und anderen Heilmitteln, Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln und Gewährung von Pflege- und Krankengeld (Familiengeld).

### Worin besteht die Krankenpflege?

Krankenpflege besteht in der Pflege und Wartung des Verletzten. Hierzu wird ein Krankenpfleger oder eine Krankenschwester bereitgestellt. Krankenpflege wird dann gewährt, wenn der Verletzte nicht ohne fremde Pflege und Wartung bestehen kann. An Stelle von Krankenpflege (Bereitstellung von Krankenpfleger) kann auch ein Pflegegeld in der Höhe von 20 bis 75 RM. monatlich gewährt werden.

### Ist auch eine Krankenhausbehandlung möglich?

Auch Krankenhausbehandlung kann gewährt werden. Bei einem Verletzten, der einen eigenen Haushalt hat oder Haushaltungsvorstand ist, ist aber dessen Zustimmung notwendig, wenn er Krankenhausbehandlung erhalten soll.

### Worin besteht die Berufsfürsorge?

Sie besteht in der beruflichen Ausbildung zur Ausübung der Erwerbsfähigkeit in seinem alten Beruf, nötigenfalls auch in der Ausbildung zur Ausübung der Erwerbsfähigkeit in einem neuen Beruf, und in der Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle.

Weigert sich ein Verletzter, sich der Berufsfürsorge zu unterziehen, so kann ihm aus diesem Grund die Rente nicht gekürzt werden.

### Wie errechnen sich die Barleistungen?

#### Die Voll- und Teilrente.

Man unterscheidet Voll- und Teilrente. Unter Vollrente versteht man die Rente (Entschädigung), die ein Verletzter auf Grund seiner völligen Erwerbsunfähigkeit bezieht.

Die Vollrente beträgt zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Unter Teilrente versteht man die Rente, die ein Verletzter auf Grund seiner teilweisen Erwerbsunfähigkeit bezieht. Die Höhe der Teilrente richtet sich nach dem Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit.

#### Rentenerhöhung durch Kinderzulage.

Kinderzulage wird gewährt, wenn der Verletzte eine Rente von 50 oder mehr vom Hundert der Vollrente bezieht oder mehrere Renten aus der Unfallversicherung in dieser Höhe bezieht. Und zwar wird die Kinderzulage für jedes Kind bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres gewährt. Die Höhe der Kinderzulage beträgt zu jeder Rente 10 vom Hundert.

Für Kinder, die durch Gebrechen außerstande sind sich selbst zu erhalten, wird die Kinderzulage über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt, d. h. so lange der gebrechliche Zustand dauert. Dem ehelichen Kindern werden gleichgestellt, bei Unfall einer weiblichen Person, ihre unehelichen Kinder, beim Unfall eines Mannes seine unehelichen Kinder; die ehelich erklärten Kinder, an Kindesstatt angenommene Kinder, die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor dem Unfall des Verletzten, von diesem unentgeltlich unterhalten wurden.

Die Kinderzulage wird demjenigen ausbezahlt, der den tatsächlichen Unterhalt bestreitet.

#### Der Höchstsatz der Rente.

Die Rente (oder Renten) einschließlich der Kinderzulagen darf den Jahresarbeitsverdienst nicht übersteigen.

#### Wie wird die Teilrente festgesetzt?

Bei Feststellung der Teilrente, d. h. bei der Abschätzung des Prozentsatzes der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit wird u. a. beachtet: die Verletzung an sich, der Beruf, das Alter, Kenntnisse des Verletzten usw.

Feststehende Entschädigungssätze für die einzelnen Verletzungen bestehen nicht.

#### Von welchem Tage an wird Rente gewährt?

War der Verletzte auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit versichert, so erhält er mit dem Wegfall des Krankengeldes, also spätestens mit der 27. Woche, Rente. Bei denjenigen Verletzten, die nicht auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit versichert waren, beginnt die Rente mit dem Tage nach dem Unfall oder die Berufsgenossenschaft gewährt an Stelle der Krankenkasse Krankengeld bis zum Ablauf der 26. Woche. Nach Ablauf der 26. Woche tritt dann an die Stelle des Krankengeldes die Rente.

#### Wann wird keine Rente gewährt?

Dauert die nach der Unfallversicherung zu entschädigende Erwerbsunfähigkeit über die 13. Woche hinaus nicht an, so wird eine Rente überhaupt nicht gewährt.

#### Die Barleistungen bei Heilanstaltspflege.

Ist der Verletzte in eine Heilanstalt untergebracht, so erhält er ein Tagegeld und die Angehörigen erhalten ein Familiengeld in der Höhe der Rente, die ihnen bei seinem Tode zustehen würde.

Wie berechnet sich der Jahresarbeitsverdienst?

Der durchschnittliche Verdienst für den vollen Arbeitstag, den der Verletzte zuletzt erhalten hat, wird, mit 300 Arbeitstagen verrechnet. Die Summe hieraus ist der Jahresarbeitsverdienst.

Die Regelung der Hinterbliebenen-Fürsorge.

Wann tritt die Fürsorge für die Hinterbliebenen ein?

Wenn der Tod des Versicherten die Folge eines Betriebsunfalles ist, erhalten die Hinterbliebenen Fürsorge aus der Unfallversicherung.

Sterbegeld.

Die Hinterbliebenen erhalten erstens Sterbegeld. Die Höhe des Sterbegeldes beträgt den 15. Teil vom Jahresarbeitsverdienst.

Witwenrente.

Bis zu ihrem Tode oder Wiederverheiratung erhält die Witwe eine Rente von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes.

Hat die Witwe wenigstens die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren, so erhält sie eine Rente von zwei Fünfteln des Jahresarbeitsverdienstes. Eine Abfindung von zwei Fünfteln des Jahresarbeitsverdienstes wird der Witwe bei ihrer Wiederverheiratung gewährt.

Ein Witwer erhält dann Rente, wenn seine durch einen Betriebsunfall getötete Frau, ihn auf Grund seiner Erwerbsunfähigkeit ganz oder teilweise unterhalten hat. Die Witwenrente beträgt zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes. Diese Rente wird bis zu seinem Tode oder Wiederverheiratung gewährt.

Von dem Witwer oder der Witwe besteht dann kein Anspruch auf Rente, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen worden und der Tod innerhalb des ersten Jahres der Ehe eingetreten ist.

Waisenrente.

Eine Rente von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes erhält jedes eheliche Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre und bis zum 18. Lebensjahre bei Berufsausbildung. Kinder, die sich infolge eines Gebrechens nicht selbst erhalten können, erhalten die Rente solange wie dieser Zustand dauert. Welche Kinder den ehelichen Kindern gleichgestellt sind, siehe oben unter: Rentenerhöhung durch Kinderzulage.

Der Höchstsatz der Hinterbliebenenrente.

Wenn die Renten der Hinterbliebenen vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes übersteigen, so werden sie gekürzt, d. h. nicht unter vier Fünftel.

Kann an Stelle der Rente auch eine andere Leistung treten?

Auf Antrag des Rentenempfängers kann diesem statt der Rente Aufnahme in ein Invalidenheim, Waisenheim usw. gewährt werden.

Die Auszahlung der Rente.

Die Auszahlung der Rente wird durch diejenige Postanstalt getätigt, in deren Bezirk der Empfänger wohnt.

Kann die Höhe der Unfallrente sich verändern?

Wann kann eine Rente neu festgesetzt werden?

Die einmal festgesetzte Rente kann dann eine Änderung erfahren, wenn in den Verhältnissen, die zur Feststellung der Entschädigung maßgebend waren, eine wesentliche Änderung eingetreten ist. Die wesentliche Änderung drückt sich in der Erhöhung oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit aus.

Die Verminderung in der Erwerbsfähigkeit muß eine erhebliche sein, muß mindestens 10 v. H. betragen. Ist dies der Fall, so kann die Rente neu festgesetzt werden.

Kann eine Rentenänderung jederzeit vorgenommen werden?

In den ersten zwei Jahren nach dem Unfall kann eine neue Feststellung jederzeit vorgenommen werden.

Nach Ablauf der zwei Jahre darf eine neue Feststellung nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahr vorgenommen werden.

Es soll nur einmal eine Rentenkürzung eintreten.

Abfindung der Rentenberechtigten.

In welchen Fällen wird eine Abfindung gewährt?

Beträgt die Rente eines Verletzten nicht mehr als ein Zehntel der Vollrente, so kann nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Unfall die Berufsgenossenschaft diesen Rentenberechtigten durch Gewährung des dreifachen Betrages seiner Jahresrente abfinden.

Bei allen anderen Abfindungen bedarf es der Zustimmung des Rentenbeziehers.

Bestehen bei einer Abfindung noch Ansprüche an die Berufsgenossenschaft?

Der Anspruch auf Krankenbehandlung und Berufsfürsorge bleibt erhalten.

Bei Erhöhung der Erwerbsunfähigkeit kann ein erneuter Rentenbezug eintreten. In diesem Falle wird die Rente aber um den abgefunden Betrag gekürzt.

Wann kann eine Abfindung noch stattfinden?

Bei Aufgabe des Aufenthalts im Inland. Weiter kann eine Abfindung stattfinden, wenn das Abfindungskapital zum Erwerb von Grundbesitz oder zur Stärkung des bereits vorhandenen eigenen Besitzes verwandt wird.

Die Entschädigung der Berufskrankheiten.

Wie wird die Berufskrankheit entschädigt?

Es gelten im allgemeinen die Vorschriften über die Verletzung und Tötung durch Betriebsunfall. Als Zeitpunkt des Unfalles gilt der Beginn der Krankheit im Sinne der Krankenversicherung. Die Leistungen usw. bestimmen sich ebenfalls nach den obigen Vorschriften.

Streik in Tilsit.

Die Firma Mauderode in Tilsit, die trotz wiederholtem Ersuchen dem Tarifvertrag für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe die Anerkennung versagte, ist mit unseren Kollegen in Differenzen geraten. Trotz wiederholter Verhandlungen mit der Firma ist es nicht gelungen, die Anerkennung des Tarifes zu erreichen und die übrigen Differenzpunkte zu bereinigen. Die Kollegen traten deshalb am 27. Mai geschlossen in den Streik ein. Tilsit ist deshalb bis auf weiteres für jeden Zuzug gesperrt!

Kollegen! Holt unbedingt Auskunft ein vor Abschluß eines Engagements ins Saargebiet!

Wiederholt ist es vorgekommen, daß Kollegen nach dem Saargebiet Stellung angenommen haben, ohne sich vorher über die Verhältnisse im Saargebiet orientiert zu haben. Den Schaden haben regelmäßig die betreffenden Kollegen selbst zu tragen.

Das Saargebiet ist Inflationsgebiet!

Der französische Franken ist allein gesetzliches Zahlungsmittel. Forderungen auf Reichsmarktlöhne sind bisher stets abgewiesen worden.

Eine genaue Orientierung über die Verhältnisse im Saargebiet kann nur durch die hiesigen Kollegen erfolgen. Die Adresse des Auskunftserteilers lautet: Gustav Riegel, Saarlouis 1 (Saar), Handwerkerstr. 5, bei Kneip.

Rundschau.

Der Rückgang der Lohnsumme.

Der verminderte Erlös aus der Lohnsteuer zeugt von dem sehr erheblichen Rückgang der Einkommen aus Löhnen und Gehältern. Dies versteht sich bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit

und Kurzarbeit von selbst. Es gibt aber auch einen Umstand, der zur weiteren Verminderung der gesamten Lohnsumme der deutschen Lohnempfänger beiträgt, und aus dem sich erklärt, weshalb die Lohnsteuereinnahmen sich im März vermindert haben, trotzdem in diesem Monat keine Zunahme der Arbeitslosigkeit stattfand. Die Umstellung der Produktion führt eine Verschiebung der Arbeiter innerhalb der Lohnstufen herbei, im dem Sinn, daß heute ein verhältnismäßig größerer Teil der Lohnempfänger in den Wirtschaftszweigen tätig ist, in denen der Lohn relativ niedrig ist, wie z. B. in der Landwirtschaft. Die Arbeiterzahl in der Fertigungsindustrie und im Kohlenbergbau, wo die Löhne relativ am höchsten sind, geht dagegen beständig zurück.

Die Syndizi.

In einer Schrift, die der Berliner Oberbürgermeister Böß unter dem Titel: „Wie helfen wir uns? Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg“, herausgegeben hat, beschäftigt er sich mit der Frage des Abbaues, und im Zusammenhang damit macht er auch einige Bemerkungen über die Syndizi. Böß schreibt:

„Was der Beamtenschaft am leichtesten möglich wäre, ist die Abkehr von einem System, das leider auch bei ihr Eingang gefunden hat: das System der Syndizi minderen Ranges, gleichviel, wie man die Leute, die es vertreten, im Einzelfall nennt. Ich meine jenen Typus des modernen Interessenvertreters, den Mann, wie ihn bald auch das kleinste Grüppchen bei uns hat; der angestellt wird, weil man im Kampf gegen andere Syndizi nicht mehr mitkommt, der aus dem Verband etwas macht, ihn vertritt, überall hinreist, alles hinter sich hat, ohne den kein Mensch im Verband etwas unternehmen kann, weil er die Vorgesetzten nicht mitgemacht hat, der sich überall dazwischen fügt, wo vernünftige Leute mit ein paar Worten sich klarsprechen könnten, der am Ende längerer Sitzungen immer noch Reden halten kann, wenn die anderen umsinken, und allmählich zu einem unserer viel zu vielen „Führer“ wird und zuletzt in den meisten Fällen doch nur um seiner selbst willen da ist. Überall, in Wirtschaftsverbänden, Parlamenten, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Beamtenverbänden, herrscht jener spitzfindige enge Typus, der alles schwierig macht, der viel schlimmer ist als der Bureaucrat. Wer einmal wirtschaftliche Interessenkämpfe mit angesehen hat, weiß, was gemeint ist. Dieses System mit seiner Wirkung auf die Arbeit der Behörden vergesse man nicht, wenn man über Verschwendung klagt und den öffentlichen Verwaltungen vorwirft, sie hätten zuviel Beamte angestellt und zu hoch besoldet. Hier muß die Wirtschaft abgebaut! ... Unsere Wirtschaft baut heute leider noch viel zu wenig dort ab, wo es am nötigsten wäre: bei den Unternehmerpersönlichkeiten und Syndizi.“

Vom Büchertisch.

Neue Ufer. Russische Novellen. Herausgegeben und eingeleitet von Dr. Gregor Bienstock. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis broschiert 2,50 Mk., Leinen 4,- Mk.

Autoren wie Babel, Semenoff, Zsenny, Romanoff u. a. sind mit typischen Erzählungen in diesem Bande vereinigt. Nicht die lediglich ästhetische Reiz ihrer Novellen war maßgebend für die Auswahl sondern dem Herausgeber kam es darauf an, einen instruktiven Querschnitt durch das Denken und Fühlen des neuen Menschen im bolschewistischen Russland zu geben. Die Lektüre beweist, daß ihm sein Vorhaben gelungen ist. Der Gegensatz des bolschewistischen Lebensethos zu den Anschauungen über ethische und moralische Werte, die in den bürgerlichen Kulturstaaten noch im Geltung haben, kommt überraschend zum Ausdruck, vor allem in den Novellen „Der Mörder“ und „Die Erzählung des Professors“, in denen der Zusammenprall zweier völlig entgegengesetzter Weltanschauungen plastisch gestaltet ist.

Eine ausführliche Einleitung des Herausgebers unterrichtet über Wesen und Werden der neuen russischen Literatur. Kurze biographische Notizen sagen das notwendige über die Autoren, soweit sie nicht Autobiographien beisteuerten, die wiederum charakteristisch für russische Lebensrisikale seit der Oktoberrevolution sind.

Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Ness G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289.

FACH-LITERATUR

- Der Werdegang des Tiefdruckes. Preis inkl. Nachnahme 5.05 RM.
Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle v. O. Schweikhard u. W. v. Falkenstein. Preis inkl. Nachnahme 1.55 RM.
Die Erfindung der Lithographie von Fritz Hansen. Preis inkl. Nachnahme 0.75 RM.
Der Werdegang des Offsetdruckes. Preis inkl. Nachnahme 4.05 RM.

Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Für Graphiker

ein praktisches Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt:

- Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Werdegang des Klischees. Strichätzungen. Autotypen - Galvanos und Stereotypen. Wie wird die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. - Praktische Maßangaben. - Die Wirkung illustrierter Inserate. - Strichzeichnung mit Rasterkombination. - Positiv-Retusche. - Farben-Klischees. - Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursachen. - Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 2.80 RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8.

Retuschier-Apparate für feinst. Maschinen-Retusche Carl Rückriem, Leipzig-Eu. 12.

Achtung! Heidelberg!

Folgende Adressen sind genau zu beachten: Auskunftsleiter ist: Jakob Edelmann, Heidelberg, Hauptstraße 30, III. Unterstützungszahler ist: Hermann Stegner, Heidelberg-Nauenheim, Brückenstraße 26, I.



Bitte aufzubewahren!

Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler des Verbandes der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe (Deutscher Senefelderbund) Herausgegeben am 4. Juni 1926.

Adressen

der Auskunftserteiler und Verzeichnis der zu den Mitgliedschaften gehörenden Städte. Wo nichts besonderes vermerkt ist, gelten die angegebenen Adressen zur Auskunftserteilung für alle Berufe. Alle Adressen-Änderungen sind nur an den Verbandsvorstand zu richten.

Bei jedem Stellungswechsel, auch nach dem Ausstand, müssen vorher Erkundigungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeholt werden. Hierzu sind nur Anfragekarten zu verwenden, die von den Mitgliedschaftsvorständen zu beziehen sind. Ohne Vorlegung einer von den Mitgliedschaftsvorständen ausgefüllten Anfragekarte, gibt es keine Unterstützung. Bei jeder Anfrage ist der Beruf und das, worüber Auskunft verlangt wird, anzugeben. Diese Erkundigungen dürfen nur bei nachfolgenden Kollegen eingezogen werden. Das Aufsuchen der Auskunft gebenden Kollegen in den Geschäften ist streng zu unterlassen!

- Aachen: Paul Engels, Adalbertsteinweg 211. (Burtscheid, Kohlscheid und Würselen.)
Altenburg, S.-A.: R. Krautwurst, Karlstr. 5, III. (Ronneburg, Schmölln, S.-A.)
Aschaffenburg a. M.: W. Grobmann, Sandgasse 23 (Dettingen a. Main.)
Aschersleben: Arthur Müller, Mittelstr. 49. (Heilsfeld.)
Augsburg: Otto Sauler, Lindenstr. 22, II. (Billigen a. D., Donauwörth, Ingolstadt, Neuburg a. D., Nördlingen und Schrobenhausen.)
Barmen-Elberfeld: Fritz Sack, Barmen, Carnapstraße 81, III. (Gevetsberg, Hagen, Langenberg, Langertfeld, Ronsdorf, Schwelm, Velbert und Volkminkel.)
Bautzen: Max Schneider, Stiftstraße 6, I. (Bischofswerda, Großbrönndorf, Herrnhut, Kamenz, Lauba i. S., Löbau, Neusalza, Schirgiswalde i. S., Schmölln u. Sebnitz.)
Berlin: Verbandsbureau im „Gewerkschaftshaus“, Berlin SO 16, Engelauer 24-25, III, Zimmer 67-68. Tel.: Amt Moritzplatz 11 500. Geöffnet von 10-1 Uhr vorm. täglich u. Montag, Mittwochs von 4-6 Uhr u. Sonntags von 2-4 Uhr nachm.
Auskünfte erteilen für:
Lithogr., Steindr., Chemigr. u. Photogr.: Das Verbandsbureau.
Lichtdr.: Walter Heydel, Berlin S. Wasersdorferstraße 5, I.
Kupferdr.: M. Fiebiger, Britz bei Berlin, Pintsch-Allee 35, I.
Formstecher: Hermann Scheiblich, Berlin-Reinickendorf-Ost, Raschdorferstr. 65.
Notenstecher: Hermann Plötner, Berlin, Simeonstr. 23.
Xylogr.: E. Kaftan, N 31, Putbusserstr. 41. (Beskow, Charlottenburg, Cöpenick, Eberswalde, Friedrichshagen, Gransche, Kirchheim, N.-L., Kremen, Luckenwalde, Lübben, Neudamm, Neukölln, Perleberg, Prenzlau, Fritzwald, Rathenow, Schöneberg, Schwedt a. d. O., Spandau, Wittstock und Zossen.)
Bielefeld: Emil Bockermann, Bielefeldstr. 57, I. (Bekum, Brackwede, Emdesten, Gütersloh, Münster i. W., und Waarendorf.)
Bietigheim: (Württbg.): L. Lorenz, Hillerstr. 21.
Bonn a. Rh.: R. Schwanitz, Weststr. 5, I. (Beuel, Bad Neuenahr, Godesberg, Grötzenberg bei Waldbröl i. Rhld., Linz a. Rh., Sinzig a. Rh., Troisdorf und Weidenau a. Sieg.)
Bramsche b. Osnabr.: Willh. Schweers, Engterstraße 30.
Brandenburg a. d. H.: Willi Kubin, Temnitz 43.
Braunschweig: O. Pröbdför, Eschenburgstr. 7, I. (Wolfenbüttel, Seesen a. H. und Wernigerode a. H.)
Bremen: Karl Springer, Alteneschstr. 4 ptr. (Bremerhaven, Delmenhorst, Emden, Geestemünde, Leec, Lesum, Norden, Oldenburg im Freistaat, Risslingen, Sebaldsbrück, Vegesack, Verden, Varel und Wilhelmshaven.)
Breslau: Lith., Strd., u. Lichtdr.: H. Hoffmann, Breslau XII, Kletschkastr. 22, III.
Chemigr.: Benno Belkowski, Breslau VIII, Königgrätzer Straße 30.
Photogr.: Rud. Fischer, Breslau VI, Alsenstr. 14.
Buchholz i. S.: Max Grummt, Annaberger i. Erzgebirge-Kleinrückerswalde, Am Zinnacker 1. (Annaberger.)
Burgstädt i. S.: Kurt Meusel, Friedrichstr. 18.
Cassel: Emil Hildebrandt, Oberwehren b. Cassel, Steinerweg 12. (Allendorf a. d. Werra, Arfolsen, Bettenhausen, Eschwege, Göttingen, Heiligenstadt, Hofheim a. L., Laasphe, Hannöverschen-Münden, Sooden und Wildungen.)
Celle i. Hann.: Karl Prinz, Wittingerstr. 8.
Chemnitz: Lith. u. Strd.: Arthur Freudemann, Amalienstr. 52, III.
Chemigr.: Max Schöbel, Uhlitzstr. 23, II. (Aue i. Erzgeb., Brundöbel bei Markneukirchen, Eibenstock, Eppendorf, Frankenberg, Freiberg i. S., Grünhainichen, Hamichen, Hohenstein-Ernstthal, Markneukirchen, Mittweida, Oberhofna, Oberharz i. Erzgeb., Rabenberg, Schneeberg, Schönau, Waldheim i. S., Waldkirchen, Zöbitz u. Zschopau.)
Coblenz: Gustav Killeghöfer, Niederbieber bei Neuwied a. Rh., Jakobstr. 9. (Ems, Hadamar, Höhr i. Nassau, Mayen, Montabaur, Neumühle, Neuwied a. Rh., Niederbieber, Niederlahnstein, Oberlahnstein, Vallendar a. Rh. und Wittingen a. Mosel.)
Coswig i. S.: Max Pofand, Radebeul bei Dresden, Bahnhofstr. 1 a. auch für Formstecher von Radebeul und Dresden.
Crimmitschau i. S.: H. Ploßberger, Leitelschainerstr. 12, II. (Göbnitz i. Th. und Leitelschaine i. S.)
Darmstadt: Adolf Ugr, Frankensteinerstr. 42. (Auerbach a. d. Bergstraße, Bensheim, Heppenheim a. d. Bergstraße und Michelstadt i. Odenw.)
Dessau: Ludwig Sinsel, Raguhner Str. 139, I. (Bernburg, Köthen und Zerbst.)
Detmold: Ernst Köller, Brunnenstr. 5. (Lage i. L., Lemgo und Paderborn.)
Dortmund: Willy Stichel, Hagenstr. 27. (Annen i. Westf., Hamm, Hörde, Soest und Unna.)
Dresden: Auskunft für alle Berufsgruppen durch das Verbandsbureau: Dresden-Alttstadt I, Rit-

- zenbergstr. 2, III (Volkshaus). Verkehrszeit für Arbeitslose u. Zugereiste: vorm. 10-12 Uhr. Telefon: Nr. 17 615. (Brettnig, Deuben, Gahlenz, Klotsche, Kötzschenbroda, Liebenwerda, Niederlössnitz, Radeberg und Radebr.)
Duisburg: Lithogr. u. Steindr.: Willy Gebauer, Manteufelstr. 6.
Chemigr. u. Photogr.-Tiefdr.: Hans Schlager, Krumacherstr. 35, II bei Hinte. (Hamborn, Meers, Mühlheim-Ruhr, Oberhausen u. Ruhrort.)
Düren, Rhld.: A. Heymanns, Arnoldswelnerstr. 15, I (Kreuzau.)
Düsseldorf: Lith. u. Strd.: X. Kleutgens, Talstr. 91.
Chemigr.: W. Keller, Düsseldorf-Oberkassel, (Hilden, Neuß und Oberkassel.) Luegallee 128.
Ebersbach i. S.: Adolf Elmer, Grenzstr. 854 B. (Altgersdorf, Georgswalde und Neugersdorf.)
Eilenburg: Hugo Potscher, Rödgenerstr. 7. (Bad Schmiedberg, Bez. Halle.)
Einbeck (Hann.): K. Stützer, Benserstraße 22, II.
Emmerich a. Rh.: Heinr. Strauß, Oelstr. 14, II. (Cleve.)
Erfurt: Hermann Eckardt, Auenstr. 25. (Arnstadt, Frankenhäusen, Gehren, Ichtershausen, Ilmenau, Sangerhausen und Zella-Mehlis.)
Essen a. d. Ruhr: Rich. Niezel, Kahrstr. 31. (Bochum, Gelsenkirchen und Witten.)
Eßlingen a. N.: Ernst Kaiser, Eßlingen a. N.-(Kirchheim und Teck.) Mettingen, Ludwigstr. 13.
Frankfurt a. M.: Für alle Branchen: Theodor Mittendorf, Allerheiligenstr. 51, III. Gewerkschaftshaus, Verbandsbureau. Geöffnet von 10-1 Uhr vorm. und von 3-6 Uhr nachm. (Dillenburg, Eckenheim, Gießen, Heddenheim, Herborn, Höchst, Homburg, Limburg a. L., Marburg a. L., Neu-Isenburg, Soden i. Taunus, Spandlingen, Wetzlar und Wiesek.)
Frankfurt a. d. O.: H. Schröder, Peitzerstr. 8 ptr. (Colbitz, Forst i. Lausitz, Fürstentwalle, Sommerfeld, Sorau.)
Freiburg i. B.: Otto Springer, Sautierstr. 47, III. (Bonndorf, Bratsch a. B., Domazensingen, Lörrach i. B., Säckingen, Staufen und Überlingen.)
Freiburg i. Schl.: K. Ritter, Waldenburger Str. 28.
Geislingen a. St.: Alb. Hausmann, Karlstr. 51.
Gera i. Thür.: E. Bachmann, Viktoriast. 17. (Langenberg, Papiermühle, S.-A. und Weizä.)
Glauchau i. S.: A. Leichsenring, Fritz-Reuterstraße 25.
Gleiwitz i. O.-Schl.: August Senge, Moltkestraße 2, II bei Kosch. (Beuthen, Leobschütz, Oppeln und Ratibor.)
Glogau i. Schl.: Paul Krakau, Noßwitz b. Glogau i. Schl., Friedrich-Ebert-Str. 12, I. (Freistadt, Grünberg, Lindenau und Spottau.)
Göppingen i. Wtbg.: A. Franke, Bergstr. 3. (Eisingen, Schwäbisch-Gmünd und Wasseralfingen.)
Görlitz i. Schl.: Rich. Tauch, Mittelstr. 24, I. (Banzlau, Haynau, Penzig und Schönberg, O.-L.)
Gotha: Friedrich Baumback, Luisenstr. 2, II. (Eisenach, Gospioteroda, (Post Emsleben), Langensalz u. Ohrdruf, Ruhla, Schmalkalden und Waltershausen i. Th.)
Greiz i. Vogtl.: Lith. u. Strd.: Max Vogel, Grüne Linde 41. Formst.: Martin Friedrich, Marienstr. 22. (Zeulenroda.)
Griesheim b. Darmstadt: Johannes Mönch, Alte Darmstädter Str. 14.
Grimalta i. S.: Paul Gey, Prophetenberg 3.
Halberstadt: Rud. Brüggemann, Harmoniestr. 25. (Blankenburg, Clausthal, Goslar, Harzburg, Langelsheim, Oker, Quedlinburg a. H.)
Halle a. d. S.: Otto Fritsche, Thüringerstr. 22, I. (Eisleben, Merseburg, Weißenfels und Witze.)
Hamburg: Alle Auskünfte durch das Verbandsbureau: Hamburg I, Besenbinderhof 57, II, Gewerkschaftsh., Zim. 7-9. Tel.: Amt Elbe 9086. (Altona-Ottensen, Cuxhaven, Elmshorn, Flensburg, Glückstadt, Itzehoe i. Holst., Slade und Wandsbek.)
Hanau a. M.: Alex Ostreich, Hausmannstr. 2. (Gelnhausen, Gr.-Auhem, Gr.- und Kl.-Steinheim, Fulda, Hilders i. d. Rhön, Kesselstadt und Wächtersbach.)
Hannover: Lithogr. u. Steindr.: Max Peter, Am Kleinen Felde 22.
Chemigr.: Manfred Langnickel, Kl. Phalstr. 1. (Alfeld, Elze, Gronau, Hameln, Langenhagen und Nienburg.)
Harburg a. d. E.: G. Behrens, Bremer Str. 159 a.
Heidelberg: Jakob Edelmann, Hauptstr. 30, III. (Bammental und Eberbach a. N.)
Heidenau, Bez. Dresden: F. Liebscher, Heidenau-Nord, Bez. Dresden, Ferdinandstr. 6. (Königslein i. S., Pirna, Schandau und Stolpen.)
Heilbronn a. N.: W. Woeste, Wilhelmstr. 52a, I. (Ilshöfen b. Schwäbisch-Hall, Öhringen und Rottenburg a. N.)
Herford i. Westf.: Fritz Tiemann, Karlstr. 82. (Bünde i. W., Minden, Oeynhausen, Rinteln und Salzuflen.)
Hildesheim: Fritz Franke, Elzerstr. 14.
Hirschberg i. Schl.: H. Leder, Alte Herrenstr. 20. (Agnetenhof, Friedeberg a. Qu., Hermsdorf-Liebau.)
Höxter a. d. W.: G. Träger, Brenkhäuserstr. 27. (Dassel.)
Hof-Göhlenu: Paul Brandwein, Hof-Göhlenu Nr. 92. Post Friedland, Reg.-Bez. Breslau.
Jena: W. Rössner, Unterer Philosophenweg 24, III. (Bürgel i. Th. und Naumburg.)
Iserlohn i. Westf.: Für alle Berufe: Franz Köbel, Galmestr. 2. (Arnsberg i. W., Brilon, Hohenlimburg i. W., Lipstadt und Nöheim.)
Itzehoe i. Holst.: Nur für Formst. (Steindruckere s. Hamburg) H. Pohlmann, Edendorferstr. 25.
Kaiserslautern: Josef Chromec, Am Stadtwehler (Kirchheim-Bolanden und Landau i. Pfalz.) Nr. 4, III.
Karlsruhe i. B.: Karl Simon, Schillerstr. 54. (Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Ortzingen, Grünwinkel, Herrenalb (Württ.), Mühlburg, Oos und Rastatt.)
Kaufbeuren i. B.: H. Sommer, Pfarrgasse 3, II. (Baisweil und Memmingen.)
Kempen (Rhld.): Albert Kops, Jüdenstr. 25.
Kempten i. Allgäu: W. Bergsträßer, Breite 2 1/2, II. (Isny und Lindau a. B.)

- Kiel: Richard Liborius, Sternstr. 14. (Apenrade, Eutin, Hadersleben, Neumünster, Oldenburg i. H. Oldesloe, Rendsburg, Schleswig und Tondern.)
Köln a. Rh.: Verbandsbureau: Köln a. Rh.-Sülz, Berrenratherstr. 181, III. Tel.: Köln-Ulrich 5012. Lith. u. Strd.: Martin Reib, im Verbandsbureau.
Chemigr.: August Dietrich, Köln a. Rh.-Ehrenfeld, Venloerstr. 448.
Formst.: Joh. Rodenkirchen, Köln a. Rh.-Rodenkirchen, Mittelstr. 11.
Königsberg i. Pr.: Kurt Bouge, Artilleriestr. 38. (Allenstein, Elbing, Gumbinnen, Insterburg, Marienwerder, Memel, Rastenburg und Tilsit.)
Köslin i. Pom. gehört zur Mitgliedschaft Stettin.
Krefeld: Lithogr. u. Strd.: Paul Bongartz, Blumenstraße 18. (Süchteln.)
Formst.: Edmund Frings, Prinz Ferdinandstraße 128.
Lahr i. B.; Joh. Dössel, Feuerwehrstr. 55. (Dinglingen, Friesenheim, Herbolzheim, Kenzingen u. Zell a. H.)
Lauban i. Schl.: Paul Friedrich, Neustr. 12.
Leipzig: Alle Auskünfte durch das Verbandsbureau: Zeitzer Straße 32, Volkshaus, II. Stock, Zimmer 46-48. Verkehrszeiten: vormittags an allen Wochentagen von 11-1 Uhr, nachmittags im Winter: Montags, Freitags und Sonntags von 3-6 Uhr, im Sommer: von 3-5 Uhr. Fernruf für alle Gespräche: 32 915.
Limbach i. S.: Paul Jope, Herrenhaide, im Gemeindehaus, bei Burgstädt i. Sa.
Lobberich (Rhld.) gehört zur Mitgliedschaft Viersen (Rhld.).
Lübeck: Carl Wurm, Segebergstr. 31, II.
Lüdenscheid i. W.: W. Steinbach, Lohmühlenstr. 13 (Altena, Gummersbach i. Rhld., Siegen und Welschenneest.)
Lüneburg: Heinrich Schulze, Grabengießerstr. 3.
Magdeburg: Lithogr. u. Steindr.: Paul Hursie, (Bismarck, Buckau, Magdeburg-Friedrichstadt, Kirchburg, Gardelegen, Straße 6, I. Neuhalbinsel, Chemigr.: Gustav Gruf, Wolfenbüttler Straße 25, S. r. i. Salzwedel, Stendal, Sündenburg und Wittenberge a. E.) Lichtdr.: Karl Wolf, Halberstädter Straße 30 a.
Mainz: Karl Richter, Jllstr. 8, III. (Bingen, Hochheim, Kreuznach a. Nahe, Oppenheim, Oestrich und Wöllstein.)
Mannheim: Lithogr. u. Strd.: Karl Müller, Mannheim-Neckarau, Blumenstr. 16.
Chemigr.: O. Schellenberger, Mannheim, Amerikanerstr. 3. (Bad Dürkheim, Frankenthal, Gernmersheim, Hasloch i. d. Pfalz, Ludwigshafen, Neckarau, Neustadt a. d. Hard, Speyer u. Worms.)
Meißen i. S.: Oskar Böhnisch, Meißen-links i. S., Rautentalstraße 83. (Döbeln, Großenhain, Leisnig und Riesa.)
Mühlhausen i. Th.: Karl Mengel, Margarethen-(Heyerode)straße 17, I.
München: Lith. u. Strd.: Martin Maier, Volkartstraße 70, III.
Chemigr. u. Kupferdr.: Sergel Adlerstein, Renatastr. 25, III.
Photogr.: Ed. Braun, Baumstr. 19, I.
Lichtdr.: H. Greiner Fleischerstr. 12, III.
Notenst.: O. Mehnert, Zamdorferstr. 85. (Eichendorf, Freilassing, Freising, Landau a. Isar, Landshut, Laufen, Passau, Rosenheim, und Traunstein O.-B.)
M.-Gladbach: Johann Nießen, M.-Gladbach-(Neuerk i. Rhld.) Neuerk, Rhld., Engebleck 104.
Nerchau i. S.: Richard Bauer, Hauptstr. 12.
Neurode i. Schl.: R. Felgenauer, Kunzendorfer-(Mittelteile und Mittelwalle) lauben 7, I.
Neuruppin: P. Schmolinski, Poststr. 27, b. Münch.
Niedersedlitz i. S.: P. Mehlhorn, Bismarckstr. 47.
Nordhausen a. H.: Alfred Scheffer, Hagen 16. (Osterröde und Sondershausen.)
Nürnberg: Für alle Berufe: W. Schatt, Nürnberg, Theresienstr. 21, I, Verbandsbureau. Tel.: 6117. (Firth, Schwabach, Amberg, Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Cham, Eichstätt, Eiltingen, Erlangen, Weißenburg a. Sand u. Zirndorf.)
Offenbach a. M.: Lith. u. Strd.: O. Söllner, Lilist. 35.
Chemigr.: Theodor Mittendorf, Frankfurt am Main, Allerheiligenstr. 51, III.
Offenburg i. B.: Anton Brischle, Volkstr. 22. (Achern, Bühl, Kehl und Ortenberg.)
Osnabrück: Alfred Hacke, Tannenburgerstr. 64. (Lüstringen und Nordhorn.)
Pforzheim i. B.: R. Grötzscheil, Calwerstr. 35.
Pflauen i. Vogtl.: Alfred Müller, Pflauen i. Vogtl. (Oelsnitz i. V.) Vogtl., Lessingstr. 38 II.
Für Oelsnitz i. Vogtl.: Karl Köhler, Oelsnitz i. Vogtl., Forststr. 23 b.
Pößneck i. Thür.: P. Huhn, Schleizer Str. 24 ptr.
Potsdam: Emil Albrecht, Augustastr. 2. (Nowawes b. Potsdam.)
Regensburg: Karl Dold, Am Römling 12, III. (Beltingries und Straubing.)
Reichenbach i. Vogtl.: A. Meyer, Johannstr. 20. (Lengenfeld i. Vogtl. und Mylau.)
Rheydt (Bez. Düsseldorf.): Lith. u. Strd.: Emil Otten, Oberheydenstr. 58. (Mühlfort b. Rheydt)
Saalfeld a. d. S.: J. Meier-Durst, Knochstr. 65. (Blankenstein, Blankenburg, Coburg, Eisenfeld, Hildburghausen, Königsee, Meiningen, Oberweißbach, Rudolstadt, Salzungen, Schalkau, Schwarzta, Sonneberg, Teuffel-Obfr., Titschendorf und Ziegenrück.)
Saarbrücken: Gustav Riegel, Saarlouis I, Handwerkerstr. 5, bei Kneip. (Mettlach, Neunkirchen, Pirmasens, Saargemünd, Saarlouis St. Ingert, Wallerfangen und Zweibrücken.)

Schlettau i. Erzg.: Ernst Pöhler, Talstr. 112. (Beierfeld, Bern-Buch, Grünhain, Rittersgrün, Scheibenberg und Schwarzzenberg.)

Schramberg i. Wttbg.: Jakob Weingärtner, Lauterbachstr. 69. (Oberndorf a. N., Rotweil, Trübing und Tuttingen.)

Schweidnitz i. Schl.: O. Krieger, Hohnstr. 57, III. (Platz, Groß-Neudorf Kreis Neutze, Hausdorf, Jauer, Langenbielau, Laubnitz b. Camenz i. Schl., Liegnitz, Neiffe, Neustadt i. O.-Schl., Reichenbach i. Schl. und Striegau.)

Schweningen a. N.: H. Schilling, Herdstr. 4. (Fortunagen, St. Georgen i. Schwarzalnd und Villingen.)

Schwerin i. M.: H. Borgwardt, Ferdinand-Schulz-Güsterow, Ludwigslust, Parchim, Rostock, Wismar, Straße 16, I. (Arzberg, Hof i. Bay., Kumbach, Lichtenberg i. Oberfr., Lichtenfels a. M., Markt-Schorgast, Relau, Schwarzzenbach, Waldassen i. Bay., Weiden i. Oberpfalz und Wunsiedel.)

Sobernheim a. d. Nahe: G. Schick, Ringstr. E 110. Solingen: Gustav Kalker, Ohligs b. Solingen, Friedenstr. 9. (Ehringhausen, Ohligs, Remscheid i. Rhld., Vieringhausen und Wald.)

Stettin: O. Matthes, Stettin-Bredow, Röntgenweg 11. (Greifswald Köslin i. Pommern, Kolberg, Neubrandenburg, Staritz, Stolp, Stralsund u. Wolgast.)

Stolberg i. Rhld.: J. Schings, Hermannstr. 24. Stuttgart: Für alle Branchen: O. Seiz, Jakobstr. 6. (Backnang, Balingen, Camstall, Ebingen, Echterdingen, Feuerbach, Freudenstadt, Hechingen, Heidenheim a. d. Brenz, Horb, Klosterreichenbach, Konstanz, Leoben, Ludwigsburg, Oberturnheim, Ravensburg, Reutlingen, Sigmaringen, Suddelfingen, Singen a. Badensee, Tübingen, Waiblingen und Zuffenhausen.)

Trier a. d. M.: Daniel Prinz, Gerberstr. 13-15. (Gerolstein i. Lafel.)

Ulm a. d. D.: Hans Götz, Neu-Ulm a. d. Donau, Karlstr. 3, III. (Biberach, Ehingen, Ellwangen, Klingenstein, Neu-Ulm und Thailfingen.)

Vierns (Rhld.): Peter Moors, Neuwerkerstr. 5. (Dälken und Loberich.)

Waldenburg-Altwasser i. Schl.: Rudolf Kleiner, (Niedersalzbrunn.) Breslauer Str. 20, I. Waldkirch i. Baden: O. Burger, Langestr. 7. (Gutach in Baden.)

Wanfried, Bez. Cassel: Justus Roth, Schloßstr. 9. (Frieda.)

Weimar: Otto Heerdegen, Bertuchstr. 45. (Apolida, Sulza und Tammsdorf b. Berka a. d. Ilm.)

Wesel: Louis Gerzken, Niederstr. 15. (Bocholt.)

Wiesbaden: Theodor Fluck, Göttenstr. 17. (Biebrich, Dohrheim, Ellville und Rüdelsheim.)

Würzburg: J. Hofmann, Rennweg Ring 15. (Kittlitzing, Marktbreit, Merkmünch und Schweinfurt.)

Wurzen i. S.: M. Tzschasner, Könnertplatz 18, I. (Oschatz.)

Zeitz: G. Rohr, Aylsdorf b. Zeitz, Hauptstr. 39. (Eisenberg S.-A.)

Zittau i. S.: Willi Fliegel, Moltkestr. 14. (Elbau, Groß-Schönau, Hirscheide und Seiffhennersdorf.)

Zwickau i. S.: M. Gaebel, Crimmitschauer Str. 36 B, III, bei Rauch. (Crossen b. Zwickau, Falkenstein i. Vogtl., Kirchberg, Lichtenhain bei Zwickau, Meersa und Werdau.)

Verbandsvorstand:

Verbandsvorsitzender: Johannes Haß, Verbandskassierer: Paul Leinen, Verbandsbur.: Berlin N 24, Eisasserstr. 86-88, III. Telephone: Amt Norden 4268.

Revisoren der Verbandskasse:

Zuschriften an Franz Kirchhof, Berlin N 37, Swinemünder Str. 19, III.

Verbandsausschuß:

Vors.: Heinrich Hansen, Hamburg 34 (Horn), Hornerlandstr. 413, IV.

Schriftleitung der Graphischen Presse, der Graph. Jugend und der Graph. Technik: Hans Ronnger, Berlin N 24, Verbandsbureau.

Druck u. Exped. der Graphischen Presse, der Graph. Jugend u. d. Graph. Technik: Conrad Müller, Schkeuditz b. Leipzig, Augustastr. Telephone: Amt Schkeuditz Nr. 35. Straße 8.

Zentralkommissionen:

Technische Zentrale: Vors. E. Herbst, Berlin, Verbandsbureau, Lithogr., Kartogr. und graph. Zeichner: Vors. E. Herbst, Berlin, Verbandsbureau

Steindr.: Vors. O. Laib, Berlin-Charlottenburg, Spreestr. 15, IV. Chemigr.: Vors. A. Hehr, Schöneberg-Berlin, Ebersstr. 34, III. Lichtdr.: Vors. K. Reinhold, Berlin-Friedenau, Laubaacherstr. 11. Gartenhaus 1.

Photogr.: Vors. W. Hübner, Berlin, Verbandsbureau. Format.: Vors. Wilhelma Liegener, Berlin Adlershof, Hoffmannstr. 17.

Kupfer- und Zeldr.: Emil Henscke, Boitz bei Berlin, Rummelsbüsch 11.

Notendr.: Vors. A. Holze, Leipzig-V., Ludwigstraße 80 I. Xylographen.: Vors. Oskar Bleichschmidt, Berlin-Steglitz, Brüderstraße 1.

Zentr.-Lehrlingskommis.: H. Komigge, Berlin, Verbandsbureau.

Gauverbände:

Gau I, Berlin: O. Hoffmann, Bohlenstr. 10, Eingel. Nr. 2135 III. Zimmer 67-68, Gewerkschaftshaus Telephone: Amt Moritzplatz Nr. 11-10.

Gau II, Breslau: Paul Ulrich, Breslau N. Jägerstr. 4, I. Gau III, Hamburg: I. Ulrich, Hamburg I, Besenbinderhof 57/II, Zimmer 7, 9, Gewerkschaftshaus Telephone: Amt Elbe 9080.

Gau IV, Köln a. Rh.: Martin Reiff, Köln a. Rh., Salz, Berrenrathstr. 18, III. Telephone: Amt Friedrichstr. 40.

Gau V, Leipzig: Christian Ferkel, Leipzig, Zeitzer Str. 32, II, Zimmer 46, 47, Verbandsbureau Telephone: Nr. 27200.

Gau VI, Dresden: O. Winkler, Dresden-A., Ritzenbergstr. 2, III, Telephone: Nr. 17615.

Gau VII, Frankfurt a. M.: Th. Mittendorf, Frankfurt a. M., Bureau der Lithogr. und Steindr. im Gewerkschaftshaus, Allerheiligenstraße 11, III.

Gau VIII, Stuttgart: Richard Gühring, Feuerbach bei Stuttgart, Stuttgarter Straße 92 I.

Gau IX, München: O. Dürr, München, Pflingensstr. 21, IV. Gau X, Nürnberg: Willi Schatt, Nürnberg, Theresienstr. 21, I. Telephone: Nr. 9117.

Tarifamt für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Geschäftsführer: Alex Czech, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II. Telephone: Amt Hasenheide 5933. Gehilfenvors.: Paul Lange, Berlin, Verbandsbureau.

Gehilfen-Kreisvertreter:

Kreis I, Hamburg: Ludwig Ulrich, im Verbandsbureau. Kreis II, Hannover: Ludwig Ulrich, Hamburg, im Verbandsb. Kreis III, Barmen: Martin Reiß, Köln a. Rh.-Sülz, Berrenrathstr. 181, III. Kreis IV, Frankfurt a. M.: Th. Mittendorf, Frankfurt a. M., Bureau der Lithogr. und Steindr. im Gewerkschaftshaus, Allerheiligenstraße 51, II. Kreis V, Stuttgart: Richard Gühring, Feuerbach bei Stuttgart, Stuttgarter Straße 92 I. Kreis VI, Nürnberg: W. Schatt, Nürnberg, Theresienstr. 21, I. Kreis VII, München: O. Dürr, München, Pflingensstr. 94, IV. Kreis VIII, Leipzig: Christian Ferkel, Verbandsbureau. Kreis IX, Dresden: Oskar Winkler, im Verbandsbureau. Kreis X, Berlin: Gustav Hoffmann, im Verbandsbureau. Kreis XI, Breslau: Paul Ulrich, Breslau, Jägerstr. 4. Kreis XII, Mainz: Martin Reiß, Köln a. Rh.-Sülz, Berrenrathstr. 181, III.

Arbeitsnachweise für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Zentralarbeitsnachweis: Verw. Alex Czech, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II. Telephone: Amt Hasenheide 5933. Kreisarbeitsnachweise:

Kreis I, Hamburg: Ludwig Ulrich, Hamburg I, Besenbinderhof 57, II. Kreis II, Hannover: Emil Wels, Hannover, Seydlitzstr. 7, part. Kreis III, Barmen: Werner Lauer, Barmen, Eintrachtstr. 104. Kreis IV, Frankfurt a. M.: Theodor Mittendorf, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51, III. Kreis V, Stuttgart: Karl Sauer, Stuttgart, Rotebühlstr. 11 b. Kreis VI, Nürnberg: Wilhelm Schatt, Nürnberg, Theresienstr. 21, I. Kreis VII, München: Martin Meier, München, Volkstr. 70, III. Kreis VIII, Leipzig: Max Hentschel, Leipzig, Zeitzer Str. 32, II, Zimmer 46-47. Kreis IX, Dresden: Oskar Winkler, Dresden A I, Ritzenbergstraße 2, III. Kreis X, Berlin: Wilhelm Landa, Berlin SO 16, Engelfur 25, III, Zimmer 67-68. Kreis XI, Breslau: Hermann Hoffmann, Breslau, Kletschkaustr. 22, IV. Kreis XII, Köln a. Rh.: Christ. Gimborn, Köln-Sülz, Marsiliusstraße 18, II.

Tarifamt und Zentralarbeitsnachweis für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Tief- und Lichtdrucker:

Geschäftsführer R. Köhler, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II. Telephone: Amt Hasenheide 5933. Gehilfenvors.: Albert Hehr, Berlin-Schöneberg, Ebersstr. 34, III.

Gehilfenvertreter des Tarifausschusses:

Kreis I: Otto Geyer, Marien-dorf-Berlin, Dorfstraße 36. " II: P. Büchner, Leipzig, Verbandsbureau. " III: Oskar Winkler, Dresden, Verbandsbureau. " IV: Sergel Adlerstein, München, Renatastr. 23. " V: Karl Hehr, Stuttgart, Reimsburgstr. 74. " VI: Martin Reiß, Köln a. Rh.-Sülz, Berrenrathstr. 181, III. " VII: Ludwig Ulrich, Hamburg, Verbandsbureau.

Arbeitsnachweise der Chemigraphen, Kupfer-, Tief- und Lichtdrucker:

Berlin: Verw.: R. Köhler, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II. Leipzig: Emil Berger, Leipzig, Langestr. 11, III. Dresden: Oskar Winkler, Dresden A I, 1. Verbandsbureau, Ritzenbergstraße 2, III. München: Alb. Kristoff, München, Weissenburger Straße 9 IV. Stuttgart: Erwin Arnold, Stuttgart, Römerstr. 7. Frankfurt a. M.: Th. Mittendorf, Frankfurt a. M., Verbandsbureau, Allerheiligenstraße 51, III. Düsseldorf: Hermann Weller, Düsseldorf Oberkassel, Düsseldorf Str. 2. Hannover: Kurt Hoffmann, Hannover, Kopernikusstr. 18. Hamburg: Wilhelm Urban, Hamburg I, Besenbinderhof 57, II, Zimmer 7 (Verbandsbureau.)

Zentralarbeitsnachweis für das deutsche Formstechergewerbe:

Wilhelm Liegener, Berlin-Adlershof, Hoffmannstr. 17.

Graphischer Bund:

Geschäftsstelle: Otto Krautz im Buchdruckerverband, Berlin SW, Dreibundstraße 5.

Internationale Adressen:

(In den nachfolgenden Adressen können einige Unrichtigkeiten enthalten sein, wir bitten um eventuelle Berichtigung.)

Internationaler Bund der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe.

Sekretariat: Fr. Poels, Brüssel, (Belgien), Rue du Midi 65.

Dem Internationalen Sekretariat angeschlossene Verbände:

Belgien:

Centrale des Travailleurs du Livre de Belgique; Maison Syndicale, rue Joseph-Stevens, Brüssel, (Belgien).

Bulgarien:

Bulgarischer Typographenbund: Oregor Danoff, Nischka, 15, Sofia, (Bulgarien).

Dänemark:

Dansk Lithografisk Forbund: Sophus E. Frederiksen, Kopenhagen, K. (Dänemark), Larsleistræde 1.

Deutschland:

Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe Deutschlands: Joh. Haß, Berlin N 24, Eisasserstr. 86-88, III.

Freistaat Danzig:

Buchdruckerverein der freien Stadt Danzig, Artur Hübner, Danzig, Karpfenseigen 26.

England:

The Amalgamated Society of Lithographic Printers of Great Britain and Ireland: Chas. Spratt 70, Cecil Street, Manchester Whitworth Paris.

Für Lithogr. und Chemigr.: Amalgamated Society of Lithographic Artists - Designers, Engravers and Process Workers, 54, Doughty Street, London W. G. I.

Finnland:

Finska Bokarbete förbundet: Helsingfors (Finnland), Stora, Robertsgatan 7.

Litografiska föreningen i Helsingfors: Vors. u. A.-E. Max Häitner, Holmgatan 15 (Finnland), Boxväcka Matin, Valla Hellström.

Frankreich: Fédération française des Travailleurs du Livre et du Paris (Isla) 62 rue St. Antoine.

Elva-Lothringen: Charles Maecling, Strasbourg, (Bas-Rhin, France), Rue Fritz 111.

Holland:

Nederlandse Litho- Foto en Chemiographenbond: Albert Thijnsstraat 5, Amsterdam. A.-E. u. Nachw.: H. Geerling, Amsterdam Z., Ijsselstraat 73 II.

Italien: Für Lithogr.: Federazione Italiana dei Litografi: D. Tommaso, Mailand, Camera del Lavoro, Via M. Fanti 17. Für Chemigr.: Federazione Italiana fra i Fotoincisi ed Affini, Via M. Fanti, 19, Milano (Mailand).

Jugoslawien:

Verband der graphischen Arbeiter Jugoslawiens Primorska ulica, Zagreb (Agram).

Luxemburg:

Barthélemy Barbel, Luxemburg-Bonnevege, Nordstraße 68.

Norwegen:

Lithographen- u. Steindrucker-Verband: R. Kopp, Oslo (Norwegen), Svingsengræde 40.

Österreich:

Österreichischer Senefelder-Bund: Zentralvorstand: K. Mühlberger, Wien VII, Ziegelergasse 25, I. Graz: Franz Rumpfer, per Adr.: Sekretariat des Österr. Senefelder Bundes, Graz, Radeletztstr. 5.

Innsbruck: Rudolf Götting, Innsbruck, Stafflerstr. 7, I. St. Kufstein: Robert Schöll, Kufstein, Sparchen 12. Linz: Rich. Lachinger, Linz, Starhenberggasse 45.

Polen:

Związek Zawodowy Drukarni i Pokrewnych Zawodow, w. Polsee: Bednarska, 24, Warszawa (Warschau).

Rumänien:

Verband der Graphischen Arbeiter Rumäniens: Cluj Klausenburg, Str. Unio-u. 23.

Schweden:

Internationella Litografiska Förbundet i Sverige: Västmansgatan 1, Stockholm (Schweden).

Schweiz:

Schweizerischer Lithographenbund: A. Greutert, Bern, Bäumliweg 19.

Spanien:

Federacion Nacional de Obreros Litografos y Similares Piamont, Case del Pueblo, Madrid.

Tschecho-Slowakei:

Graficka Beseda: V. Koranda, Prag II, Hybernská 7.

Ungarn:

Ungarländischer Senefelder-Verein: Damjanik utca 52, Budapest VII.

In erweiterter Gegenseitigkeit mit dem Deutschen Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe stehen: Belgien, Dänemark, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.

Auskunft für die dem internationalen Sekretariat noch nicht angeschlossenen Verbände ertheilen:

Für Lithogr. u. Steindr.: Amalgamated Lithographers of America, President of the Mr. Philipp Bock, 205 West 14th Street, New York N. Y., U. S. A.

Für Chemigr.: International Photo-Engravers Union of North America: 3136, South Grand Avenue, Saint-Louis (Missouri).

Hermann Bohland, Syracuse, N.-Y., Amerika, 301 North Lavel Avenue.

Carl Wespe, Chicago, Ill, Amerika, 3802 N.-Seeley-Ave.

Süd-Amerika:

Argentinien: Buenos-Aires: Federación Gráfica Bonaerense (Sociedades Unidas), Buenos-Aires (Argentinien), Rinco 1054. Rosario de Ste Fé. Albert Porsch, Rosario de Ste Fé, Argentinien, España 964, Dep. 5.

Brasilien: Friedrich Niemeyer, Belem-Para, Brasilien, Caixa postal 385. São Paulo: Uniao dos Trabalhadores Graphicos de São Paulo Rua Quintino Bocayua 76, 2. Andar.

Habana-Cuba:

G. Spaan, Habana-Cuba, Avenida de Italia 117 alto.

Süd-Afrika:

South African Typographical Union: P. O. Box, 1248, Johannesburg (Süd-Afrika).

Klein-Asien, Palästina: Ernst Koch, Jerusalem (Palästina), Poste-Restante.

Australien:

Victoria Litho Printers Employees Union: Manchester Unity Hall, Swanston street, Melbourne, Victoria Australie.

Estland:

Graphischer Fachverein Reval: Otto Schön, Reval (Estl.), Uus Tataria tänav 5, W. 12.

Griechenland:

Association des Ouvriers Lithographes de Grèce: Dimitri Prouncolou Rue Konisvis 20, Athen.

Japan:

Nippon Insatsu-Ko Rengo-Kai: Nishimurachō, 19, Koishiwake Tokio.

Letland:

Professioneller Buchgewerbeverband Letlands: Romanostr. 12, Riga (Letland).

O. Schmidt, Riga-Lorensberg, Gymnasiststr. 21 W. Rigaer Verein der im Buchgewerbe Tätigen: Joh. Tenis Riga, Marienmühenstr. 10 W.

Posen und das ehemals deutsche Gebiet: Heinrich Vorweg, Poznan (Polen), Aleje Marcinkowskiego 1. Lemberg: Lithogr. i Chemigr.: Związek Litografów i Chemigrafów we Lwowie (Lemberg) u. Leona Siedlcy 5 m. Lemberg: Związek Wspolpracowników Fotograficznych: Vors. Oskar Pekeles, Zamkinstwa 11, III.

Kattowitz (Poln. Ober-Schlesien): Franz Christ, ul. wodna 1.

Portugal:

Associação de Classe dos Lithographos, no Porto: Rua F. de Mangalhas, 47, 19, Porto.

Federacion de Litografos e Arquivos, Rue do Arco da Graça, 102, Lisboa.

Rußland:

Allrussisches Zentralkomitee der polygraphischen Industrie Soltau 12, Moskau.

Tschecho-Slowakei:

(Deutschböhmen und die Sudetenländer). Graphische Union: Reichenberg i. B., Spitalgasse 35, I.